

souverän

**Unsere
Enkelgeneration:**
Fehlt der heutigen
Jugend der
Schwung?

**Senioren-Union im
Bundestagswahlkampf
Starker Auftritt –
großer Erfolg**



Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

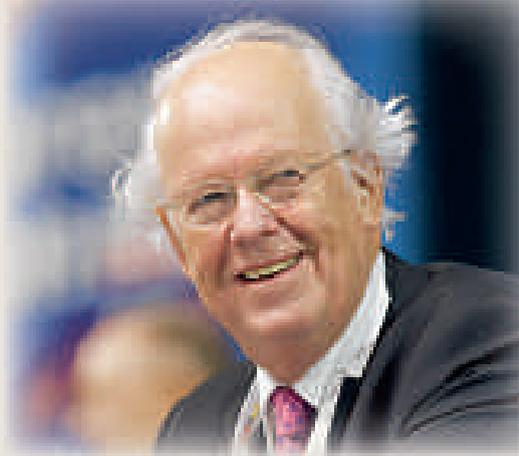
- ▶ **Tennisarm:** Was Ihnen wirklich hilft und wie Sie vorbeugen können
- ▶ **Arznei-Wirkung:** Wie der Darm die Wirkstoff-Aufnahme beeinflusst
- ▶ **Hautkrebs:** Warum eine frühzeitige Diagnose so wichtig ist
- ▶ **Narkolepsie:** Alles über Ursachen und Behandlung der Schlafattacken
- ▶ **Weihnachtstipps:** Gesunde Geschenke aus Ihrer Apotheke

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,
hier sei mein herzliches Dankeschön,*



Das gegenwärtige Berliner Politikerensemble unter schwarz-roten Girlanden inklusive einer Reihe von bereits bekannten Akteuren ist nicht neu. Ob Letztere eine „Entente cordiale“ führen werden, bleibt abzuwarten, eher wohl nicht. Doch auch weniger Herzlichkeit sollte genügen, vorausgesetzt, man ist an einem gemeinsamen Erfolg interessiert. Andererseits wäre ein Zuviel an Herzlichkeit auch nicht ratsam, wenn man an die Zukunft denkt und die FDP wieder ins Parlament zurückkehren könnte. Honi soit qui mal y pense!

Sei's drum, eine Große Koalition hat schon zweimal die Geschicke unseres Landes bestimmt. Für eine lebendige demokratische Auseinandersetzung im Parlament gewiss kein Idealfall. Aber eine Zeit grenzenloser Irrungen und Wirrungen, die von politischen Fehlentscheidungen nur so wimmelte, war sie gewiss auch nicht. Ob sich hingegen eine neue Große Koalition auch leistungsbezogen ein solches Attribut zulegen kann, bleibt abzuwarten und ist zugegebenermaßen wohl auch erst am Ende einer Legislaturperiode auszumachen. Doch im Auge behalten sollte man ein solch hehres Ziel schon, zumindest am Anfang der gemeinsamen Arbeit.

Frühere Parlamentariergenerationen hatten sich weitestgehend der Aufgabe zu widmen, jene ungeheuren Schäden zu beseitigen, die uns die braunen Megastrolche hinterlassen haben. Sie wurden mit Problemen konfrontiert, die sich die gesamte Jugendweisheit von heute nicht im Entferntesten vorstellen kann. Es waren Parlamentarier, die kriegsbedingt weit mehrheitlich der älteren Generation angehörten und heuer der sogenannten Rentner- und Pensionistengruppe zugerechnet werden müssten. Ihre von großer Verantwortung, Lebens- und Berufserfahrung, Mut und Zuverlässigkeit, vor allem Opferbereitschaft betriebene Politik hat unser Land wieder in die Mitte der westlichen Demokratie- und Wertegesellschaft zurückgeführt und ihm zu einem kaum geahnten Wohlstand verholfen. Das Ergebnis zählt zu den größten Erfolgen der deutschen Geschichte überhaupt.

Die Nachkriegszeit ist nun vorüber. Neue und andere Herausforderungen stellen sich, und zwar mit voller Wucht: Demografie, soziale Sicherungssysteme, globaler Wettbewerb, Eurokrise, Klimawandel, freiheitsbedrohende Technik, Spannungsverhältnisse vor dem Hintergrund neu entstehender Machtzentren außerhalb unseres Kontinents, um nur einige zu nennen. Welche Weichenstellungen müssen wir für Europa herbeiführen, nicht nur mit Blick auf seine ökonomische Sicherheit und Stabilität? Wird es uns gelingen, die auch uns bedrohenden Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten einzudämmen, werden wir den weltweiten Extremismus erfolgreich bekämpfen können, und welche Rolle wird dabei ein vertrauensvolles atlantisches Bündnis spielen? Die Antwort darauf müssen Alt und Jung gemeinsam geben, ohne Jammern und ohne German Angst. Allein das lässt hoffen.

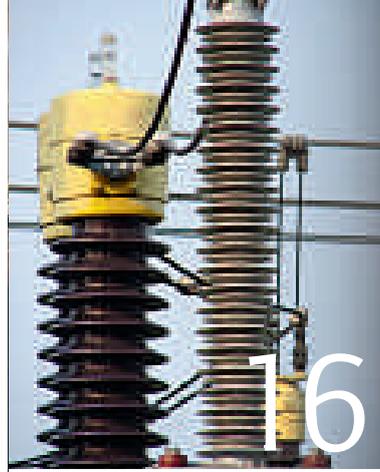
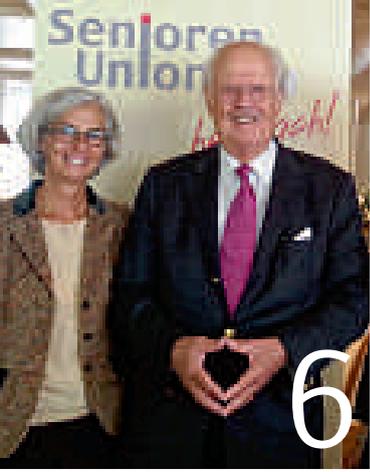
Ach ja, fast hätte ich es vergessen. Allen Festrednern möchte ich nachträglich noch einmal herzlich danken für die ungemein warmen Worte vor und während des Bundestagswahlkampfes, mit denen sie die Senioren-Union in einer Weise lobten, dass ihr vor Ergriffenheit

bald die Tränen kamen. Ohne die Älteren, so ihre zu Herzen gehende Manifestation, seien keine Wahlen zu gewinnen. Ihr Rat, ihre Erfahrung, ihre Klugheit, ihre Treue, ihre Zuverlässigkeit – das wurde wirklich gesagt, und zwar immer wieder – seien für die Union unverzichtbar und gefragter denn je. Der Höhepunkt ihrer an die Älteren geradezu gefühl- und liebevoll gerichteten Elogen gipfelte schließlich in dem überschwänglichen Bekenntnis: Wenn es die Senioren-Union nicht gäbe, so müsse man sie erfinden! Das saß, die Senioren waren tief beeindruckt, die Redner von ihren Worten. Alle an die Senioren gewandten und zu weiteren guten Taten aufmunternden Worte wurden anschließend nach der Wahl in außerordentlicher Weise dadurch unter Beweis gestellt, dass für die unzähligen Unter-, Mittel- und Oberkommissionen, Arbeitskreise und Elitengremien für die anstehenden Koalitionsverhandlungen kein einziger Vertreter der Senioren-Union der CDU benannt wurde, während selbstverständlich alle anderen Vereinigungen, die christlichen Arbeitnehmer, die Junge Union, der Mittelstand und die Frauen-Union, sogar mehrfach Fachmänner und Fachfrauen stellen konnten, für die letztgenannte Vereinigung ausschließlich Fachfrauen, versteht sich. Und diese kluge Auswahl hat einen völlig einsichtigen wie überzeugenden Hintergrund, nämlich den des Mitgefühls für das Alter und einer tiefen und inneren Verbundenheit mit der Senioren-Union. Nach dem harten Wahlkampf wollte man sie einfach schonen, ihr Ruhe gönnen und sie vorerst nicht weiter belasten. Für so viel Edelmut der CDU bleibt für die Senioren-Union nur eine Antwort übrig: Rührung! Und schließlich, eingedenk der Tatsache, dass guter Rat teuer ist, musste man leider auch auf den speziell der Senioren-Union verzichten, um die Parteikasse der CDU nicht noch stärker zu belasten, zumal diese im Wahlkampf ohnehin über Gebühr gelitten hatte.

Inwieweit solche Art wackerer Fürsorge und Nachsicht, vor allem exemplarischer Weitsicht der Mutterpartei den wahren Stellenwert der Senioren-Union inmitten der großen Volkspartei in seiner ganzen Realität vermittelt, bleibt höchst zweifelhaft. Weil man damit aber hinter dem Busch hält und für eine faire Antwort keinen Mumm hat, muss darüber jetzt gestritten werden, und zwar so lange und so oft und so emotional und so vernehmbar und so nachhaltig und so unablässig, wie es bislang nicht der Fall war. Andernfalls geht das Bindemittel für das stabile Haus der Union, die „Union der Generationen“, eben die Werte-„Gemeinschaft“ von Jung und Alt, zum Teufel. Zu einer starken Faust gehört es, alle Finger zusammenzuballen, für die Senioren-Union allemal. Und nach der Wahl ist vor der Wahl, das ist nicht neu, keine neue Erkenntnis, aber eine neue Einsicht!

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Senioren-Union im Bundestagswahlkampf

Titelthema: Unserer heutigen Jugend fehlt der Drive

Energiewende: Was hilft gegen den Blackout?

6 Stark gekämpft – mit Erfolg!

Die Senioren-Union im Bundestagswahlkampf 2013.

8 Gelaufen, was nun?

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl von Leonhard Kuckart, stv. Bundes- und Landesvorsitzenden NRW der Senioren-Union.

10 Die Macht der Alten

Wie politisch ist die Generation 60plus, welche Einflussmöglichkeiten hat sie? Ein Interview mit Dr. Bettina Munimus.

12 Armutsfalle für Ältere?

Das Ziel, die Energieeffizienz im Gebäudebestand zu erhöhen, birgt Gefahren für ältere Immobilienbesitzer.

14 Die neue Bundesregierung ist gefordert!

Jeder zweite Mitbürger über 60 hat die Union gewählt. Eine Rentenreform und der Kampf gegen Altersdiskriminierung gehören daher nun auf die politische Agenda.



Bei Redaktionsschluss:

Die Senioren-Union (SU) in Schleswig-Holstein hat einen neuen Landesvorsitzenden: Kulturpolitiker Wolfgang Börnsen (Kreis Schleswig-Flensburg), der bisher 26 Jahre die Interessen des Nordens im Bundestag vertreten hat, ist Anfang November in Neumünster mit 96 Prozent aller abgegebenen Stimmen in dieses Amt gewählt worden. Er folgt Karl Heinz Starck (Kreis Pinneberg), dem der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff für seine „konstruktive Mitarbeit“ dankte und ihm bescheinigte, dass seine Teamfähigkeit stets positive Effekte in der Arbeit für die SU bewirkt habe.

Die Senioren-Union (SU) in Schleswig-Holstein hat einen neuen Landesvorsitzenden: Kulturpolitiker Wolfgang Börnsen (Kreis Schleswig-Flensburg), der bisher 26 Jahre die Interessen des Nordens im Bundestag vertreten hat, ist Anfang November in Neumünster mit 96 Prozent aller abgegebenen Stimmen in dieses Amt gewählt worden. Er folgt Karl Heinz Starck (Kreis Pinneberg), dem der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff für seine „konstruktive Mitarbeit“ dankte und ihm bescheinigte, dass seine Teamfähigkeit stets positive Effekte in der Arbeit für die SU bewirkt habe.

16 Unserer Jugend fehlt der Drive

Zukunftsforscher Matthias Horx über eine Enkelgeneration, die ihm zu „weichgespült“ erscheint.

18 Leben mit Helikopter-Eltern

Der Chef des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, fordert in einer Streitschrift „Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“.

21 Die überbehüteten Kinder?

Melanie Mühl, Feuilleton-Redakteurin der FAZ, zur heutigen Enkelgeneration.

24 Gute Aussichten

Prof. Dr. Axel Börsch-Supan zu den positiven Seiten des demografischen Wandels.

26 Kleinteiliges Sammelsurium?

Ein Interview mit Dr. Reiner Klingholz zur Demografiestrategie der Bundesregierung.

30 Bedrohung oder Chance?

Wie steht es um die Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in der europäischen Bevölkerung?

32 Zäsur und Kontinuität

Bericht vom Kongress der Europäischen Senioren-Union in Brüssel.

33 Die Dinge selbst in die Hand nehmen

Eine Würdigung des langjährigen ESU-Präsidenten Dr. Bernhard Worms.

34 Was hilft gegen den Blackout?

Mit dem zunehmenden Einsatz erneuerbarer Energien steigt das Risiko von Störungen im Stromnetz.

36 Stromgeschäft mit Schlagseite

Carsten Liedtke, Vorstandschef der SWK Stadtwerke Krefeld AG, über die Tücken der Energiewende.

15 Leserbrief

39 Buchtipps, Initiativen

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8 · 10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Georg Weiss
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentant
Wolfgang Braun
Braun-Medien GmbH
Riedelstraße 14 · 42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

71000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Otto Wulff, Leonhard Kuckart, Fabian Schalt, Achim Hermes, Ulrich Winz, Prof. Dr. Detlef Pollack, Nils Friedrich, Josef Kraus, Matthias Horx, Prof. Dr. Axel Börsch-Supan

Bildnachweis:

Anja Enzenberg, cdu.de,
Ulrich Winz, fotolia, Volker Zierhut,
SWK Krefeld, Wikimedia

Titelfoto: fotolia

Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Schilddrüsenerkrankungen:**
Was Sie darüber wissen müssen
- ▶ **Sicheres Bad:** Wie Sie Unfälle
in Badewanne und Dusche vermeiden
- ▶ **Butter oder Margarine:**
Was wirklich gesünder ist
- ▶ **Winterurlaub am Meer:**
Über den Reiz der Nachsaison
- ▶ **Weihnachten:** Rezepte für selbst-
gemachte kulinarische Geschenke

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de

Auf allen Ebenen kämpfte die Senioren-Union im Bundestagswahlkampf 2013 für den Wahlerfolg. Der Lohn: In der Altersgruppe 60+ wählte jeder Zweite die CDU.



Die Senioren-Union im Bundestagswahlkampf:

Stark gekämpft - mit Erfolg!

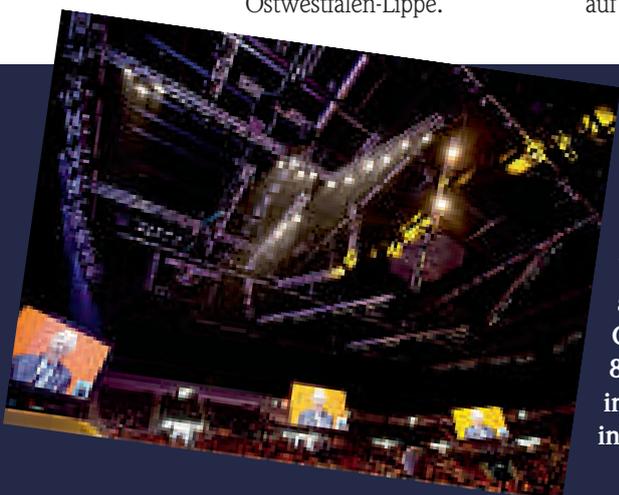
„So einen dynamisch-charismatischen Redner erlebt man im Kreis Paderborn nicht alle Tage“, resümierte der Lokalreporter des Westfalen-Blattes zum Auftritt des SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff in Hövelhof im Kreis Paderborn. Kein Wunder, denn wie immer sprach der Bundesvorsitzende Klartext und faszinierte so sein Auditorium im randvollen Saal des Hotels Victoria. „Mucksmäuschenstille“ im Wechsel mit tosendem Applaus vermerkt der Chronist, nicht zuletzt für Sätze wie: „Es gibt keinen Anlass zu Kleinmut und Gejammer, sondern vielmehr Anlass zu Patriotismus positiver Prägung.“ Schließlich genieße Deutschland nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Erfolge hohes Ansehen in der Welt. Anlass des Auftritts war der vom SU-Bezirksvorsitzenden Bernhard Mihm wegen des Bundestagswahlkampfes vorgezogene Bezirkstag der Senioren-Union Ostwestfalen-Lippe.

Auch in Seelze, westlich von Hannover, hinterließ der SU-Bundesvorsitzende „bleibenden Eindruck“. Zusammen mit der dortigen Bundestagsabgeordneten Maria Flasbarth lobte er die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und appellierte an das Selbstbewusstsein der älteren Zuhörer im Saal, politisch wie beruflich aktiv zu bleiben. „Ein Staat, der die Fähigkeiten der älteren Bürger nicht einfordert, fährt gegen die Wand. Jugend und Ältere profitieren voneinander“, so vermittelte er sein Credo an die Zuhörer, die auf Einladung der Kreisvereinigung Hannover-Land gekommen waren.

Etliche Orts- und Kreisvereinigungen präsentierten Wahlkampf gleich im Doppelpack, nämlich Otto Wulff im Duett mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder. Das eingespielte Team, schon mehrfach für die „Union der Generationen“ auf Achse, warb beispielsweise auf einem

„Generationen-Gipfel“ im nordrhein-westfälischen Hamminkeln, in Kaarst bei Düsseldorf, in Recklinghausen, in Iserlohn (Letmathe) oder auch im hessischen Hanau für die Politik der Union. Während dort der JU-Chef die Unterschiede zwischen CDU und Opposition in der Finanz- und Steuerpolitik herausarbeitete, widmete sich Otto Wulff vor allem dem Thema Familie. „Mein Haus, mein Auto, meine Yacht – so eine Gesellschaft hat keine Zukunft. Meine Familie, meine Kinder, meine Nachbarn, meine Freunde, das brauchen wir!“, forderte Wulff energisch und traf wie auch Philipp Mißfelder mit vielen seiner pointierten Aussagen den Nerv der Zuhörer.

Keine 24 Stunden nach dem Stopp in Hanau saßen die beiden Verfechter für die Solidarität zwischen Jung und Alt beim Redaktionsgespräch der Schaumburger Nachrichten im südlichen Niedersachsen und diskutierten mit den Redakteuren das ABC der aktu-



Wahlkampfauftakt der CDU am 8. September im ISS Dome in Düsseldorf

Tuttlingen: Auftritt von Prof. Wulff im Wahlkreis von Volker Kauder, Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion





Eingerahmt von Kandidaten: In Hameln kandidierte Uwe Schünemann (2.v.r.) als Landrat, Michael Vietz (l.) für den



Hamburger Quartett: Dirk Marx, CDU-Bundestagskandidat, JU-Vorsitzender Philipp Mißfelder, SU-Vorsitzende Hermine Hecker, Prof. Wulff



Klartext in Ludwigsburg: Gemeinsamer Auftritt von Prof. Wulff mit Steffen Bilger MdB



In der Fachwerkstadt Alsfeld: Prof. Wulff mit Dr. Helge Braun MdB (l.) und Kurt Wiegel MdL (r.)

Großes Interesse in Marbach: Prof. Wulff zu Gast beim Wahlkreisabgeordneten Eberhard Gienger MdB



Kleine Presseschau

CDU-Generationen strampeln gemeinsam (Rheinische Post, 23.08.2013)

Generationengipfel in Hamminkeln (Bocholter Report, 14.08.2013)

Wulff: Familie wieder stärker in den Mittelpunkt stellen (Oberhessische Zeitung, 15.08.2013)

Wulff: Gesellschaft muss sich ändern (Lingener Tagespost, 14.09.2013)

Dynamik ist eine Frage der Persönlichkeit (Rhein-Neckar-Zeitung, 17.08.2013)

Tour der Generationen im Märkischen Kreis (Westfalenpost, 19.08.2013)

ellen Wahlkampfthemen. Zahlreiche Seniorinnen und Senioren strömten aus Gießen und dem Vogelsbergkreis in die wunderschöne Fachwerkstadt Alsfeld, um einen Professor Wulff zu hören, der den Bogen spannte von Bundeskanzler Konrad Adenauer zur heutigen „soliden Politik der Union unter Kanzlerin Angela Merkel“. In der momentanen Krise in Europa bestimme Deutschland im Wesentlichen die Währungspolitik und schaffe damit Stabilität, erklärte der ehemalige Bankdirektor seinen Zuhörern. Im baden-württembergischen Ladenburg, im hervorragend besuchten Domhofsaal, ergriff der gelernte Jurist nur 48 Stunden später die Gelegenheit für ein flammendes Plädoyer für eine richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft, in der der Begriff der Solidarität nicht vergessen werde. Vielerorts trat Professor Wulff zusammen mit den regionalen Bundestagsab-

geordneten vor die Zuhörerschaft, so beispielsweise in Heilbronn mit Thomas Strobl, in Bremen mit Elisabeth Motschmann oder in Schöppingen (Kreis Steinfurt/Münsterland) mit Jens Spahn. Spahn betonte dabei angesichts des demografischen Wandels die Wichtigkeit eines regelmäßigen Dialogs zwischen Jung und Alt, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten. Auch beim zweiten Deutschlandrat der Jungen Union in Hamburg gehörte der SU-Bundeschwefelvorsitzende zu den hochkarätigen Gastrednern. Weitere Stationen seines Wahlkampfeinsatzes: Bottrop, Lingen Tönisvorst, Wiesloch, Wiesbaden, Sinsheim, Lübeck und, und, und.

Wie der Bundesvorsitzende, so kämpften zahlreiche Orts- und Kreisvereinigungen für die Wiederwahl von Angela Merkel und den Wahlerfolg der CDU. Mission geglückt – ein herzlicher Dank!

Zu Gast in Lübeck: Prof. Wulff mit Alexandra Dinges-Dierig MdB (2.v.l.)



Pressegespräch bei den Schaumburger Nachrichten



Entspannter Talk mit Elisabeth Motschmann MdB nach dem Auftritt in Bremen



Gelaufen, **was nun?**

Auch diese Wahl hat gezeigt, dass die CDU nach wie vor die Qualität und das Potenzial hat, um Wahlen überzeugend zu gewinnen.

Das Potenzial findet die CDU vor allem bei Wählerinnen und Wählern, die älter als 60 Jahre sind, also die Altersklientel der Senioren-Union. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass die Älteren für die CDU wahlentscheidend sind. Wenn es die CDU schafft, die Zielgruppe der über 60-Jährigen mit deutlicher Mehrheit hinter sich zu bringen, gewinnt sie auch die Wahlen.

Diese Bundestagswahl am 22. September ist das beste Beispiel dafür. Die CDU hat die Älteren mit großer Mehrheit überzeugen können. 49 Prozent der über 60-Jährigen haben ihr Kreuz bei der CDU gemacht. Bei den Frauen ab 60 Jahren hat sie sogar 53 Prozent der Stimmen geholt.

Die Süddeutsche Zeitung hat bei der Analyse der Bundestagswahl auf ihrer Internetseite unter anderem getitelt: „CDU attraktiv für Wähler jenseits der 60“. Das ist eine Schlagzeile, die nicht überhört werden darf. Es ist Aufgabe der Senioren-Union, sich dafür einzusetzen, dass die CDU auch in Zukunft mehrheitsfähig bleibt. Im Interesse der älteren Menschen, aber insbesondere auch im Interesse der Enkelgeneration.

Wenn die CDU die ältere Generation weiter an sich binden will, muss sie auf die berechtigten Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen in ihrer Politik eingehen. Der demografische Wandel wird die größte Herausforderung der kommenden Jahre sein. Es besteht Hoffnung, dass die CDU dieses wichtige Problem für die Zukunft unserer Gesellschaft erkannt hat. Der Demografiepfad der bisherigen CDU-geführten Bundesregierung dürfte Grundlagen für wichtige politische Entscheidungen geliefert haben.

Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft, verbunden mit einer schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland, ist die gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Diese Entwicklung stellt nicht nur unsere sozialen Sicherungssysteme in Frage, hier tickt auch eine sozialpolitische Zeitbombe.

Weil die Zukunft unserer Gesellschaft von guten und richtigen Entscheidungen dieser zentralen Frage abhängig ist, dürfte es dringend geboten sein, ein Bundesministerium für Demografie einzurichten. Es geht um die alles überragende gesellschaftliche Entwicklung für Jung und Alt, Einheimische und Zuwanderer.

Die demografische Entwicklung muss aber auch dazu führen, Rahmenbedingungen für eine nachberufliche Tätigkeit älterer Menschen zu schaffen.

Bereits im Jahr 2003 hat die Roman-Herzog-Kommission als Ergebnis ihrer Arbeit eindeutig festgestellt, dass wir unsere Probleme durch Einwanderung nicht lösen können. Wir müssen unsere Probleme selbst lösen. Und deshalb müssen wir er-



Der Autor: **Leonhard Kuckart** ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union.



reichen, dass ältere Menschen im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten aktiviert werden. Die CDU täte gut daran, endlich Initiativen einzureichen, um den Artikel 3, Absatz 3, des Grundgesetzes durch den Begriff „Alter“ zu erweitern.

Bereits vor Jahren hat die Senioren-Union ein Gutachten zu diesem Thema vorgelegt. Neben dem klaren Bekenntnis, dass niemand wegen seines Alters diskriminiert werden darf, wären diese Initiativen aber auch ein Zeichen an die ältere Generation, dass sie ein vollwertiger Teil der Gesellschaft ist und gebraucht wird.

Schon lange ist bekannt, dass wir altengerechte Wohnungen benötigen. Die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau sollten gezielt für diese Maßnahmen eingesetzt werden. Auch der Wohnungsbau muss sich auf die radikal veränderten Verhältnisse unserer Gesellschaft einstellen. Als positiver Nebeneffekt könnte gesehen werden, dass andere Wohnungen, für jüngere Menschen und Familien mit Kindern frei werden.

In diesem Zusammenhang muss auch das Problem der ständig steigenden Mietne-



benkosten erwähnt werden. Bei dem durchschnittlichen Rentenniveau, das sich kaum ändern wird, besteht zunehmend die Gefahr, dass immer mehr Rentner in Altersarmut geraten. Deshalb müsste zumindest erreicht werden, dass Rentner bei Mietnebenkosten so behandelt werden wie Hartz-IV-Empfänger.

Das Rentenproblem als finanzielle Lebensgrundlage muss dringend angefasst werden. In der Ausgabe vom 1.6.2013 berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung über eine Telefonkonferenz, in der die Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt hat, „sofort nach der Bundestagswahl eine Rentenreform anzugehen, die mit der FDP so nicht möglich gewesen sei“.

Nun ist die FDP nicht mehr im Bundestag und auch nicht mehr in der Bundesregierung, sodass der Rentenreform nichts mehr im Weg steht.

Wir als Senioren-Union treten nach wie vor für eine Lebensleistungsrente ein, wie sie die Ministerin Ursula von der Leyen vorgestellt hat. Außerdem treten wir dafür ein, dass das längst überfällige Rentensystem ersetzt wird durch ein System auf der Basis von Vorschlägen katholischer Sozialverbände.

Die Senioren-Union hat in den vergangenen Jahren immer wieder für diese Lösung geworben. Sie liegt im Interesse der Enkelgeneration.

Letztlich, aber nicht weniger wichtig ist auch eine echte Reform des Gesundheitswesens. Wenn wir in Zukunft wirklich kranken Menschen angemessen helfen wollen, müssen im Vordergrund Prävention und Eigenverantwortung stehen. Nur auf der Grundlage von Solidarität kann dieses Problem gelöst werden. Aus diesem Grund ist es auch unumgänglich notwendig, bestehende Risikofaktoren besonders zu bewerten. Wir brauchen Solidarabgaben auf Nikotin, Alkohol und fettreiche Nahrungsmittel, um die aus diesen Risikofaktoren entstehenden Kosten abzudecken (siehe Fettsteuer in Dänemark). Aber auch die Extremsportarten müssten eine Solidarabgabe leisten.

Aufgrund ihres satzungsgemäßen Auftrages, den die Senioren-Union von ihrer Mutterpartei CDU erhalten hat, haben wir die Interessen älterer Menschen zu vertreten und werden uns in diesem Sinne politisch einbringen. Es geht in erster Linie um das Wohl älterer Menschen, es geht aber auch (siehe Wahlanalyse) um das Wohl der CDU. ■



Foto: CDU Deutschlands / Michael Trippel

Politik und Gesellschaft:

Die **Macht** der Alten

Sie sind die größte Bevölkerungsgruppe im Lande, werden zahlenmäßig immer stärker und gehen fleißiger zur Wahl als alle anderen. Doch schaut die Generation 60plus den Parteien tatsächlich immer kritischer auf die Finger? Ein Interview mit Dr. Bettina Munimus.



Unsere Interviewpartnerin, **Dr. Bettina Munimus**, promovierte zum Thema Demografischer Wandel und Demokratie. Ihre Dissertation ist im Oktober 2012 unter dem Titel „Alternde Volksparteien – Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?“ im transcript-Verlag erschienen. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität Kassel.

Frau Dr. Munimus, Sie haben im Jahr 2012 die politische Macht der Senioren unter die Lupe genommen. Von den Parteien wird diese Altersgruppe künftig als wahlentscheidend wahrgenommen. Wie politisch ist die ältere Generation nach Ihren Erkenntnissen überhaupt?

Infolge des demografischen Wandels verschieben sich die wahlpolitischen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Wählergruppe der über 60-Jährigen. Das hat sich auch bei der jüngsten Bundestagswahl gezeigt, die die Handschrift des demografischen Wandels trägt. Der Anteil der unter 30-jährigen Wahlberechtigten lag bei 16,1 Prozent, die Gruppe der über 60-Jährigen war mit 33,7 Prozent doppelt so stark. Ältere gehen durchschnittlich häufiger zur Wahlurne als jüngere Wähler. Zudem gelten insbesondere die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1950 als hochpolitisiert, seitdem sie als Jugendliche und junge Erwachsene in den 1960er- und 1970er-Jahren in die Parteien strömten und diese als Volksparteien prägten. Dieses hohe Politikinteresse findet einerseits in der höheren Wahlbeteiligung der Älteren Ausdruck. Wählgehen wird als ein Akt staatsbürgerlicher Pflicht verstanden. Andererseits charakterisiert diese Altersgruppe ein hohes politisches Engagement. In CDU und SPD stellen sie das Gros der aktiven Parteibasis. Lokal verankert, sozial vernetzt und mit freier Zeit gelten sie als wichtige zivilgesellschaftliche Multiplikatoren.

Gibt es wirklich eine neue Macht der Älteren? Hat die ältere Generation tatsächlich das politische Sagen im Land, also auch die entsprechenden Einflussmöglichkeiten als Funktions- und Mandatsträger, oder beschränkt sich der Einfluss eher auf die Wahlkampfprogramme, weil nur durch die (Über-)Macht der Stimmen für die Parteien Mehrheiten zu erringen sind?



Zunächst ist festzuhalten: Je höher die Ebene der Führungsgremien in Parteien und Parlamenten, desto weniger Ältere sind vertreten. Gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung, aber auch in den Parteien, sind sie im neugewählten Bundestag unterrepräsentiert. Übrigens sind Jüngere ebenso selten durch gleichaltrige Mandatsträger vertreten. Politik als Beruf ist offenbar für die Mehrheit der Senioren keine erstrebenswerte Option. Bei der vergangenen Bundestagswahl lag der Anteil der angetretenen Kandidaten über 60 Jahre bei 16,8 Prozent in der CDU und bei 12,2 Prozent in der SPD. Indes: Auch wenn Ältere sich bislang adäquat in ihren politischen Interessen von Jüngeren in den Parlamenten vertreten fühlen und sich nicht zur Interessendurchsetzung zusammenschließen, besitzt diese Altersgruppe allein durch ihre numerische Größe politischen Einfluss. In Demokratien wandelt sich Masse in Mehrheit. Man kann von einer antizipierten Macht sprechen, da die Politik von vorneherein bestimmte Politikpräferenzen dieser Gruppe beispielsweise in Wahlprogramme aufnimmt. Nicht ohne Grund finden Rentendiskussionen regel-



mäßig vor Bundestagswahlen statt. Der große Wahlerfolg der Union bei der Bundestagswahl erklärt sich unter anderem darin, dass 50 Prozent aller über 60-jährigen Wahlberechtigten ihre Stimme der CSU oder CDU gaben. Insofern lässt sich in der Tat von einer relevanten politischen Macht der Senioren sprechen.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die „Macht“ der Senioren-Union der CDU?

Bei der Senioren-Union lässt sich beobachten, dass sich die Vereinigung in den vergangenen 6-8 Jahren strategisch neu ausgerichtet hat und zunehmend selbstbewusster präsentiert.

Das zeigt sich unter anderem in der Nutzung moderner Kommunikationsinstrumente, aber auch in professionellem Fundraising. Die CDU unterstützt diese strategische Positionierung der Senioren-Union, um in das Feld der wahlstrategisch wichtigen Wählergruppe wirken zu können.

Nicht zuletzt nimmt der Bundesvorsitzende Prof. Otto Wulff eine profilierte Rolle ein. Als Wortführer der Seniorinnen und

Senioren – und zwar auch außerhalb der Union – meldet er sich für deren Belange zu Wort; wenn es sein muss, benutzt er auch den verbalen Zeigefinger. Die Tatsache, dass die Gruppe der über 60-Jährigen sowohl in der CDU als auch in der Gesellschaft eine wichtige machtpolitische Größe einnimmt, wird mitunter auch als Argumentationshilfe herangezogen. Insofern ist die „gefühlte Machtbasis“ der Senioren-Union durch die gesellschaftliche Alterung gewachsen.

Wie sieht es bei den übrigen Parteien aus?

Andere parteieigene Seniorenorganisationen, wie etwa die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD (AG SPD 60 plus), verfügen nicht über eine vergleichbare Ressourcenausstattung wie die Senioren-Union. Das liegt vor allem an der unterschiedlichen Organisationsstruktur: Anders als die Vereinigungen der CDU sind die Arbeitsgemeinschaften der SPD keine eigenständigen Vereine. Die politische Eigenständigkeit und Möglichkeit zur Positionierung sind damit eingeschränkt. Als wichtigen Wettbewerbsvorteil verfügt die Senioren-

Union über eine Bundesgeschäftsstelle. Eine solche günstige Ressourcenlage durch hauptamtliche Mitarbeiter existiert in keiner anderen Partei.

Alle Seniorenorganisationen teilen das Nachwuchsproblem bei den sogenannten „jungen Älteren“, von denen eine Vielzahl sich nicht als „Senior“ begreift. Kürzlich legte die umfassende Altersstudie des Generali-Zukunftsfonds in Kooperation mit dem Allensbach-Institut dar, dass sich Ältere im Schnitt etwa zehn Jahre jünger fühlen. Kurz: Sie fühlen sich zu jung, um sich bei der Senioren-Union oder der AG SPD 60 plus zu engagieren. Die Seniorenorganisationen stehen damit gegenwärtig vor der Herausforderung, dass zu wenige neue, jüngere Mitglieder hinzukommen. Das Durchschnittsalter der Aktiven liegt nicht bei 60, sondern eher bei 70, 80 Jahren.

Wie sieht es perspektivisch aus? Werden die heute 50- bis 60-Jährigen im Alter verstärkt auf politische Teilhabe pochen?

Zunächst einmal mag es paradox klingen: Alternde Gesellschaften werden erfahrener, zufriedener, aktiver, dabei zugleich mental jünger, aber auch weniger revolutionär und streitbar sein. Die heutigen Rentner und Pensionäre machen vor, dass man mit dem Übergang in den Ruhestand keineswegs zum „alten Eisen“ zählt – ganz im Gegenteil. Ohne familiäre und berufliche Verpflichtungen suchen viele Senioren ehrenamtliche Betätigungsfelder und erhöhen in vielen Fällen sogar den zeitlichen Umfang für ihr Engagement – die gesundheitliche Fitness vorausgesetzt. Dies zeigen auch die hohen Engagementquoten der über 65-Jährigen. Allerdings ist eine wichtige Voraussetzung für ein Engagement im Alter die Übernahme eines Ehrenamts bereits in jüngeren Jahren. Nur wer sich als Jugendlicher und junger Erwachsener aktiv in und für die Gesellschaft eingebracht hat, beteiligt sich auch im fortgeschrittenen Alter (zivil-)gesellschaftlich. Die heutigen 50- bis 60-Jährigen zählen zur „Babyboomer-Generation“, die Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre die Neuen Sozialen Bewegungen und die Debatten um Umweltverschmutzung, Waldsterben, Atomenergie nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl und Ressourcenknappheit geprägt haben. Insofern können wir davon ausgehen, dass es sich diese Generation nicht nehmen lässt, sich auch im Alter gesellschaftspolitisch einzubrin-

Immobilienbesitz:

Armutsfalle für Ältere?

Das Ziel von CDU und CSU, die Energieeffizienz zu erhöhen und Energieeinsparungen zu fördern, ist grundsätzlich richtig. Allerdings ändert das nichts daran, dass Energie immer teurer und für viele Menschen – vor allem Ältere und damit auch ältere Immobilienbesitzer – mehr und mehr unbezahlbar wird.

Die Politik muss zudem Ideen dafür entwickeln, dass Immobilienbesitz für Ältere nicht in die Armutsfalle und damit zu Altersarmut führt. Nicht wenige Ältere haben zwar ihre Immobilie abbezahlt, wenn sie in den wohlverdienten Ruhestand gehen, ihre Rente reicht dann aber oftmals „nur“ dazu aus, sich halbwegs „über Wasser zu halten“. Für größere Sprünge, wie z.B. mögliche Investitionen in die eigene Immobilie, um energieeffizienter und dadurch langfristig kostengünstiger wohnen zu können, reicht ihre Rente nicht aus. Entsprechende staatliche Fördergelder, die beispielsweise im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung erhältlich sind, sind für diese Menschen finanziell außer Reichweite.

Wohnnebenkosten werden zur „zweiten Miete / zweiten Hausrate“

Vor allem auch deshalb, weil sich die sogenannten Wohnnebenkosten in den letzten Jahren immer mehr zu einer „zweiten Miete“ bzw. zu einer „zweiten Hausrate“ entwickelt haben. Das Statistische Bundesamt hat im März dieses Jahres darüber berichtet, wie sich die Wohnnebenkosten von 2005 bis 2012 entwickelt haben. Das Ergebnis: Heizöl ist um fast 61 Prozent, Zentralheizung und Fernwärme sind um über 48 Prozent, Strom um knapp 45 Prozent und Gas um 32 Prozent gestiegen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Strompreisbremse von Bundesumweltminister Peter Altmaier – von der Senioren-Union für gut befunden – ist leider ausgebremst worden. Man muss kein Hell-

seher sein, um vorauszusagen, dass die extreme Verteuerung von Energie auch in Zukunft tiefe Löcher in die Haushaltskassen von Mietern und Eigenheimbesitzern reißen wird. Auch die Lebenshaltungskosten sind insgesamt zwischen 2005 und 2012 um gut 14 Prozent gestiegen. Die Rentenentwicklung kann da nicht ansatzweise mithalten.

Rentenhöhe an Höhe der Inflation koppeln

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es macht durchaus Sinn, dass der Staat denjenigen Hausbesitzern Zuschüsse zahlt, die Geld investieren, um ihr Eigenheim energetisch zu sanieren. Aber längst nicht alle Hausbesitzer können sich das finanziell leisten. Richtig ist auch, wenn sich die Union in ihrem Wahlprogramm dazu bekennt, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent und den Stromverbrauch um mindestens 10 Prozent in Gebäuden reduzieren zu wollen. Aber wichtiger wäre es – insbesondere für die ältere Generation –, den Anstieg der Energiepreise deutlich zu reduzieren, im Idealfall zu stoppen und die Entwicklung der Rentenhöhe – analog zur Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze – an die Höhe der Inflation zu koppeln. Das wäre ein großer Fortschritt für die ältere Generation in Deutschland.

Denn die steigenden Kosten sind es, wovor sich die Bevölkerung in Deutschland am meisten sorgt. Eine Studie der R+V-Versicherung vom Sommer 2013 belegt u.a., dass 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger große Angst haben vor steigenden Lebenshaltungskosten. Diese Angst muss die Politik sehr ernst nehmen und Lösungen entwickeln. Die Senioren-Union ist dazu bereit, im Dialog mit der CDU und der neuen Bundesregierung an entsprechenden Lösungsmöglichkeiten mitzuwirken. LK



Willkommen Bernd Busemann (l.)

Präsident des niedersächsischen Landtags



„Ich bin Mitglied der Senioren-Union, weil ich ihre Arbeit schon seit langem schätze. Gerade im Zeitalter des demografischen Wandels kommt es darauf an, einen anderen Blick auf das Altern zu gewinnen. Aktivität bis ins hohe Alter ist heute keine Ausnahme mehr, sondern wird längst zur Regel. Deshalb ist es wichtig, dass die Stimme der Generation über 60 kräftig ist und gehört wird.“

(Anm. der Red.: Der Kreis schließt sich: Auf dem Bild heißt Robert Segna (r.), Kreisvorsitzender der SU Aschendorf-Hümmling, das Neumitglied bei der SU willkommen. Im September 1968 schon nahm Segna Busemann in die Junge Union des Kreises auf.)

Von uns wird man bald kaum noch etwas merken.

Sagt Ihnen Chattanooga etwas? Die Stadt in Tennessee, USA? Nein? Das hat auch einen guten Grund. Aber den erklären wir Ihnen am besten vor Ort. Schnallen Sie sich an und bringen Sie Ihren Sitz in eine aufrechte Position, wir befinden uns nämlich schon im Landeanflug.

U nser erster Halt ist die Heimat eines unserer effizientesten Volkswagenwerke. Durch ein neues Verfahren in der Lackiererei spart die Fabrik Chattanooga täglich rund 75.000 Liter Wasser! Und genau deswegen merkt man von diesem Werk fast nichts. Nicht nur für diese Maßnahme haben wir den LEED Platinum Award erhalten. Das finden Sie beeindruckend? Na, dann folgen Sie uns doch jetzt mal nach Mexiko.

C heck-in, Start, Tomatensaft, Landung. Willkommen im Volkswagenwerk Puebla, wo wir am Popocatepetl aktiv etwas gegen den sinkenden Grundwasserspiegel getan haben. Hier konnten wir durch das Pflanzen

von 420.000 Bäumen – in etwa der Baumbestand ganz Berlins – und durch das Anlegen von 47.000 Sickerungsgruben eine intensivere Nutzung von Regenwasser erreichen und die Region somit entlasten.

W o sind wir denn nun gelandet? Im Südwesten Chinas, in Chengdu. Damit Chengdu auch in Zukunft so unscheinbar bleibt wie heute, setzt diese Fabrik zu 80 % auf Materialien aus der Region. So werden durch lange Transportwege entstehende Emissionen zuverlässig vermieden. Auch der Energiebedarf wurde hier in den letzten zwei Jahren um 50 % reduziert.

E ine spannende Reise bis hierher, stimmt's? Und dabei haben Sie gerade erst drei Standorte kennengelernt, an denen wir in unseren Werken die Umweltbelastung

konsequent und kontinuierlich senken. Diese Strategie, mit der wir unseren ökologischen Anspruch zukünftig auch in der Produktion umsetzen, nennen wir übrigens „Think. Blue. Factory.“.

U nsere nächste Station, in der „Think. Blue. Factory.“ zum Tragen kommt, überfliegen wir nur schnell: Rühme. Nie gehört? Sehr gut. Auch hier achten die Mitarbeiter darauf, dass das Werk durch keinen zu großen CO₂-Fußabdruck auffällt. Einer von ihnen hatte die Idee, LED-Technik in der Beleuchtung einzusetzen. Nur einer der Punkte, durch die das Werk Braunschweig 2010 als erster Produktionsstandort weltweit mit der DIN-Norm EN 16001 für Energiemanagement ausgezeichnet wurde. Zu Recht!

Z eit, den Schub zu drosseln und Emden in Ostfriesland anzusteuern. Hier wurden nicht nur Karl Dall und Otto Waalkes geboren, sondern auch viele unserer besten Ideen. Dank 12 Windkraftträdern und 2300 Solarkollektoren auf unserem Werksgelände werden nicht nur wir, sondern auch die gesamte Region mit sauberem Strom versorgt. Durch die Erhöhung des Anteils der aus Biomasse gewonnenen Wärme sparen wir zudem 89.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Energiewende made by Volkswagen.

A uch die interessanteste Reise geht einmal vorbei. Und bei dieser haben wir sogar eine ganze Menge CO₂ gespart. Sie wurde schließlich nur auf Papier angetreten. Wir wissen eben: Das Sparpotential ist vielfältig und deswegen haben wir uns hohe Ziele gesetzt. Nämlich in der Produktion die CO₂-Emissionen bis 2018 um 25 % und in der Energieversorgung unserer Werke bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Alles, damit Sie unsere Werke bald gar nicht mehr bemerken.

V ielen Dank, dass Sie mit uns geflogen sind.



Erfahren Sie alles über „Think Blue.“ bei einer ausführlichen Rundreise auf www.volkswagen.de/thinkblue

Think Blue.

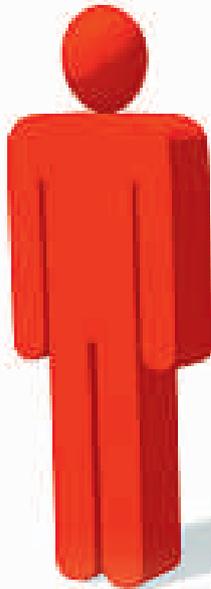


Das Auto.

Kampf gegen Altersdiskriminierung:

Die neue unionsgeführte Bundesregierung ist **gefordert!**

Die Bundestagswahl am 22. September hat gezeigt: Die Union hat nach wie vor die Qualität und das Potenzial, Wahlen überzeugend zu gewinnen! Das Potenzial, das sind insbesondere die Wählerinnen und Wähler, die älter sind als 60 Jahre.



Die Union hat die Älteren mit großer Mehrheit überzeugen können: 49 Prozent der über 60-Jährigen haben ihr Kreuz bei der CDU gemacht. Anders formuliert: Die ältere Generation hat elementar zur Wiederwahl von Angela Merkel beigetragen. Umgekehrt erwarten wir Älteren nun, dass eine von der Union geführte neue Bundesregierung unsere Forderungen und Erwartungen im politischen Handeln aufgreift.



„Eine Offensive für das Lebensrecht ist überfällig. Unser Land muß wieder kinder- und familienfreundlich werden, sonst wird es keine lebenswerte Zukunft geben.“

(Johanna Gräfin von Westphalen, CDL- Ehrenvorsitzende)

Wir fordern u.a.:

- Umfassende Aufklärung über das Leben vor der Geburt, die Grausamkeit der Abtreibung und ihre Folgen für die Frauen
- Besseren Schutz und mehr Unterstützung für Mutter und Kind
- Intensivere Hilfen für Familien und Alleinerziehende
- Menschliche, medizinische und seelsorgliche Begleitung für unheilbar Kranke und Sterbende
- Ausbau der Palliativmedizin und des Hospiznetzes
- Keine Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe (Euthanasie)
- Verbot der ‚verbrauchenden‘ Forschung an menschlichen Embryonen, des Klonens und der Manipulation an der menschlichen Erbsubstanz

**Interessieren Sie sich für diese lebenswichtigen Zukunftsfragen?
Wollen Sie dazu klar Profil bekennen?
Dann werden Sie jetzt Mitglied in der CDL!**

Informationen erhalten Sie per Post oder unter www.cdl-online.de

Für den aktiven und konsequenten Schutz des Lebens vom Beginn an bis zum natürlichen Tod.

CDL 
Für das Leben.

Christdemokraten für das Leben e.V.
Initiative in der CDU/CSU
CDL-Bundesgeschäftsstelle
Schlesienstr. 20 · 48167 Münster
Tel.: 0251/6285160 · Fax 0251/6285163
info@cdl-online.de
Spendenkonto: Sparkasse Meschede
Konto-Nr.: 2584, BLZ: 464 510 12

Dazu gehört nicht nur eine Rentenreform, sondern vor allem ein starkes Signal im Kampf gegen Altersdiskriminierung. Eine unserer zentralen Forderungen ist die, Altersdiskriminierung gesetzlich zu verbieten und ein entsprechendes Verbot in das Grundgesetz aufzunehmen. Konkret: Die Senioren-Union fordert, den Artikel 3, Satz 3, im Grundgesetz mit dem Wort „Lebensalter“ zu ergänzen. Einschlägige Gerichtsurteile und Studien bestärken uns darin, weiter mit großem Einsatz für ein gesetzliches Verbot von Altersdiskriminierung zu werben und einzutreten. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wissen wir dabei an unserer Seite.

Auch die Union hat sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl klar und deutlich dazu bekannt, sich entschieden gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters auszusprechen. Darüber hinaus will die Union starre Altersgrenzen auf den Prüfstand stellen. Das begrüßen wir als Senioren-Union ausdrücklich. Eine Gesellschaft braucht Vertrauen in die Leistungsfähigkeit Älterer.

Feste Altersgrenzen sind überholt, oft willkürlich und richten mehr Schaden an, als sie nutzen. Alle demokratischen Parteien sollten bedenken: Die Menschen sind nicht gleich, aber sie haben das Recht auf gleiche Behandlung, unabhängig von ihrem Alter!

Vor diesem Hintergrund fordert die Senioren-Union die Bundestagsfraktion der Union dazu auf, das Thema Kampf gegen Altersdiskriminierung aufzugreifen und eine entsprechende Gesetzesinitiative in der neuen Legislaturperiode auf den Weg zu bringen, unabhängig vom Koalitionspartner. **FS**



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.

Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Die Mütterrente kommt!

Zur Souverän 3-2013, S. 14

Das Thema der Mütterrente bewegt die älteren ostdeutschen Frauen sehr maßgeblich, und das vor allem auch mit vielen Emotionen – was ich in mehreren Diskussionen feststellen konnte. Das betraf nicht nur die Verärgerung der „Rente mit 67“, sondern auch sehr massiv die als Benachteiligung empfundene unterschiedliche Ost-West-Wertigkeit der Rentenpunkte.

Obwohl die nach der Bundestagswahl in Aussicht genommene Mütterrente wirklich sehr vorteilhaft für die CDU diskutiert wird, stößt aber andererseits die unterschiedliche Höhe der Rente pro Kind (Ost: 25,-, und West: 28,- Euro) auf Unverständnis hinsichtlich einer Festschreibung der Benachteiligung ostdeutscher Mütter, die vor 1992 geboren haben. ...

Bei der letzten Wahl hatte ich mich bei der Suche nach einem Wahlslogan zu Wort gemeldet mit „Vertrauen gegen Vertrauen“. Bei gleicher Wertigkeit, beginnend mit den Mütterrentenpunkten in ganz Deutschland, wäre das z.B. ein Vertrauensbeweis dafür, merkbar Schluss zu machen mit den noch vorhandenen unterschiedlichen Bewertungen von Ost und West.

Eckard-Dietrich Ernst,
16356 Werneuchen

Ortstermin Barrierefreiheit

Zur Souverän 3-2013, S. 39

In der Ausgabe Nr. 3 berichteten Sie über die Initiative der Stadt Heiligenhaus, die ihre Innenstadt barrierefrei gestalten will. Ich möchte diesen Artikel zum Anlass neh-

men, über die seit mehr als vier Jahren laufenden Aktivitäten der Hansestadt Warburg (24000 Einwohner, Kreis Höxter, NRW) auf diesem Gebiet zu berichten. ... Im Jahr 2008 wurden Überlegungen angestellt, weite Bereiche des historischen Stadtkerns umzubauen, neu zu gestalten und dabei den besonderen Bedürfnissen mobilitätsbeeinträchtigter Personen Rechnung zu tragen. Es ist der Initiative des damaligen Ministers für Bauen und Verkehr des Landes NRW, Oliver Wittke (CDU), zu verdanken, dass die beabsichtigte barrierefreie Umgestaltung zum landesweiten Pilotprojekt erklärt wurde. Seit dem Jahr 2011 wurden und werden mehrere Straßen und Plätze im historischen Stadtkern umgebaut. Eine besondere Herausforderung ist dabei, die Belange des Denkmalschutzes mit den berechtigten Ansprüchen, die geh- und sehbehinderte sowie ältere Menschen an den öffentlichen Straßenraum stellen, miteinander in Einklang zu bringen. ... Nach insgesamt neun Bauabschnitten soll im Jahr 2019 das Projekt abgeschlossen sein. ... Die veranschlagten Gesamtkosten belaufen sich auf rund zehn Millionen Euro. Gefördert wird das Pilotprojekt zu 70 Prozent aus Mitteln des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ durch den Bund und das Land NRW.

Michael Stickeln, Bürgermeister der Hansestadt Warburg

Senioren im Visier der Finanzverwaltung

Zur Souverän 2-2013, S. 8

Der Autor, jetziger Präsident des Bundes der Steuerzahler, hätte etwas zur Historie des Alterseinkünftegesetzes sagen müssen und nicht gleich mit dem Titel „Senioren im Visier der Finanzverwaltung“ den Eindruck erwecken sollen, als würden Rentnerinnen und Rentner ungerechtfertigt verfolgt – dann wäre vieles verständlicher geworden.

Die Rentenzahlungen waren einmal erheblich höher als heute; wenn ich es richtig in Erinnerung habe, waren es bis zu 3.300 DM pro Monat, nicht alle hatten diesen Höchstbetrag erreicht; hier konnte ein Rentnerhepaar bis zu 80.000 DM Einnahmen erzielen, ohne Steuern zahlen zu müssen, während ein Betriebsrentner/Pensionär je nach Einnahmen Steuern zahlen musste. ...

Gegen diese Ungleichbehandlung hat ein Betriebsrentner/Pensionär Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Diese Klage wurde für ihn positiv beschieden. Also war der Gesetzgeber gefordert, dieses zu ändern. Das BVerfG hat nur keinen Termin gesetzt, wann etwas zu geschehen hat. ... Weil der Gesetzgeber aber keine Abhilfe geschaffen hat, hat dieser Betriebsrentner/Pensionär wieder Klage beim BVerfG eingereicht und wieder recht bekommen. Bei diesem neuen Urteil hat dann das BVerfG der Regierung einen Termin gesetzt, nämlich den 1.1.2005.

Betriebsrentner/Pensionäre mit gleichzeitigen Einnahmen aus der früheren Landesversicherungsanstalt (LVA) und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) mussten schon immer eine Steuererklärung abgeben. Wahrscheinlich ist das nicht immer geschehen. Nun kam aufgrund des Gesetzes das Problem auf, diejenigen, die eine Steuererklärung abgeben müssen, zu erfassen (es sollen ca. 1,2 bis 1,5 Millionen Fälle sein). Deshalb sollten die Versicherungsträger die Daten an die Finanzverwaltung übermitteln, was wiederum – wie meistens in solchen Fällen – zu Schwierigkeiten führte. Weil die elektronischen Geräte nicht zueinander passten (Kompatibilität), wurden die Daten wohl spät übermittelt.

Die Regelungen des neuen Gesetzes sind eigentlich lange genug bekannt. Jeder hätte sich rechtzeitig informieren können (z.B. bei Steuerberatern, Lohnsteuerhilfen oder beim Finanzamt), ob er oder sie davon betroffen ist. ...

Friedrich Dellmann, 22145 Hamburg

Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“

Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mt.

Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

Enkelgeneration:

Unserer heutigen Jugend fehlt der **Drive**

Früher waren sie Rebellen, die die Welt auf den Kopf stellen wollten. Heute jammern sie über die schlimmen Zeiten und fordern vom Staat Arbeitsplätze. Zukunftsforscher Matthias Horx über eine Generation, die ihm zu „weichgespült“ erscheint.

Täuscht der Eindruck? Irgendwie scheint das „Prinzip Jugend“ nicht mehr richtig zu funktionieren. Über Jahrzehnte haben die Jüngeren die etablierte Politik radikal herausgefordert. Mit Forderungen, Rebellionen, Kritik, moralischen Hinterfragungen, Aktionen, Protesten und Ideen, die irgendwann ihren Weg in die Parteiprogramme und die gesellschaftlichen Ordnungen fanden. Spätestens seit 68 – Spuren finden sich bis in die Jugendromantik des 18. Jahrhunderts – existiert diese Idee des „genuinen Jugendfortschritts“. Die Jüngeren tragen die Zukunft gewissermaßen auf den Lippen; wenn sie sich politisch und gesellschaftlich artikulieren, wird früher oder später die Zukunft daraus.

Alexis Tsipras zum Beispiel, der Führer der griechischen Protestbewegung Syriza. Er sieht verdammt gut aus, ist charismatisch, er könnte die europäische Politik auf den Kopf stellen und es locker auf das „Time“-Titelbild schaffen. Motto: „Der neue Che Guevara“ oder „Der Dany Cohn-Bendit des 21. Jahrhunderts“. Beim genaueren Hinsehen und Hinhören wird man jedoch das Gefühl nicht los, dass Syriza eine Privilegien-Bewahrungs-Bewegung ist. Geprägt von Staatsangestellten, die im Namen des Kampfes gegen den allseits beliebten „Neoliberalismus“ ihre sicheren Positionen zurückfordern.

Als Spaniens Diktator Franco noch lebte und man Jugendarbeitslosigkeit noch nicht

einmal zählte, demonstrierte die Jugend in Madrid oder Barcelona heftig für Liebe, Freiheit und ein anderes Leben. Heute marschiert man dort (oder in Athen) für staatlich gesicherte Arbeitsplätze. Parole: „Angela und die faschistischen Deutschen müssen zahlen!“

Vor 30 Jahren haben die Grünen im Bundestag gestrickt. Sogar Männer. Das war wirklich provokant. „Provocare“ heißt „hervorrufen“. Beim Piraten-Parteitag wird man dagegen den Eindruck des Handgestrickten nicht los, obwohl hier nur getwittert wird. Es bleibt das Gefühl, es gehe eigentlich nicht um Politik, sondern um Komfortzonen und deren Verteidigung. Und rebellisch wirken plötzlich die nachdenklichen Heldinnen des Rückzugs: Marina Weisband und Julia Schramm, die sich den ewigen Shitstürmen ihrer Szene entziehen, indem sie einfach zurücktreten. Immer wieder versuchten die Jüngeren, auch die ideologischen Schützengräben zu überwinden, jenes Lagerdenken, das Politik in Spannung hält, aber auch langweilig und stupide macht. Man denke an die berühmte Pizza-Connection, die sich an schwarz-grünen Diskursen versuchte. Oder den „Dritten Weg“, in dem vor 30 Jahren nicht nur, aber vor allem junge Politiker aus ganz Europa einen neuen, sozialmarktwirtschaftlichen Weg formulierten.

Wie soll sich Politik weiterentwickeln ohne solche Herausforderungen? Neulich veröffentlichten junge Engagierte aus allen politischen Lagern ein „Jugend-

Manifest“. Das liest sich so: „Wir sind jung, kommen aus unterschiedlichen politischen Strömungen und vertreten eine Generation, die selten eine Stimme hat. Eine Generation, die einen ausgebeuteten Planeten



erbt. Mit sozialer Ungerechtigkeit und gigantischen Schuldenbergen. Eine Generation, die an den Folgen eines kurzsichtigen Finanzkapitalismus leidet und die Krise der europäischen Idee erlebt. Unsere Zukunftsmusik klingt nach Klimakatastrophe, Bildungsnotstand und Schuldenorgien. All dies auf Kosten von – uns.“ Minimale Kreativität. Maximaler Jammer. Eine alte Sprache. Warum soll man sich für eine solch verkommene Welt voller Verschwörungen und Finalkatastrophen eigentlich noch engagieren? Das liest sich so: „Die Zukunft ist am Ende, wir sind beleidigt, die anderen sind schuld.“ Solche Formeln hört man inzwischen jeden Abend in diesen „Die Welt geht unter und ist ungerecht“-Talkshows. Dorthin, in die öffentlich-rechtliche Empörungskultur, ist das ewig jugendliche Dagegensein offenbar abgewandert.

Nein, die Krise der Politik ist nicht die „Schuld“ der Jüngeren. Hier kommt vieles zusammen. Wer mit vernetzten Medien aufgewachsen ist, in Computerspielen seine Adrenaline verströmt, tickt einfach anders. Er weiß, dass alles mit allem zusammenhängt. Dass er selbst Teil des Spiels ist und die oft groben

Bilder, die Politik benötigt, in Wahrheit virtuell sind.

Die Jüngeren sind auf elektronische Weise altklug geworden (das ist die doppelte Tragik der Piraten). Wir leben in einem fundamentalen Strukturwandel von Politik.

Das Rebellische und das Konsensuelle vertauschen die Rollen. Wenn alle dagegen sind, ist das Dagegensein nur noch reaktionär. Heute ist es ein Risiko (und rebellisch), dafür zu sein. Zum Beispiel, für

Europa einzutreten. Für einen Sozialstaat, der effektiver werden muss, um seine Aufgaben zu erfüllen. Für einen Markt, der tatsächlich funktioniert. Wir treten in eine Zeit ein, in der nicht mehr die Beharrung und Linearität der politischen und gesellschaftlichen Prozesse nach dringender Störung verlangen. Die Turbulenz, das Chaotische, rückt ins Zentrum der Geschichtsentwicklung. Homosexuellenehe, Energiepreise, Frauenquote, Bankenregulierung – das gehört heute zum Kanon konservativer Parteitage.

Welche Felder bleiben dann noch offen? Und welcher Stil? Zukunftspolitik bedeutet in dieser offenen Welt eben nicht mehr Machtpolitik in Seilschaften (wie es zum Beispiel Gertrud Höhler missversteht, auch sie eine Art Berufsjugendliche), sondern Navigieren in wechselnden Kraftfeldern. Politik entsteht durch Tasten, Revidieren, Zweifeln. Nicht mehr der standhafte, idealistische, eisern zu ewigen Werten stehende Idealpolitiker kann heute die Welt bewegen. Nur der pragmatische Moderator der Ideen, der Meister des Durchwurzelns, gewinnt.

Man kann das beklagen und die alten, eindeutigen Verhältnisse, die hehren Ideale und juvenilen Schlachtenlieder zurücksehen. Aber die alte Welt kehrt nicht zurück. Das erklärende Stichwort ist Komplexität. Unsere Welt ist in einen neuen Aggregatzustand eingetreten. Die einstigen ausgebeuteten Dritte-Welt-Länder, mit deren auch noch so blödsinniger Politik man sich identifizieren konnte („Spenden für den Vietcong!“), werden heute Supermächte. Die Mächtigen werden schwach und die Opfer auf gefährliche Weise mächtig. Umverteilung führt nicht mehr zu mehr Gleichheit. Und Markt-Rigorosität nicht zu mehr Wachstum. Der Politik wünscht man heute nicht noch mehr Kritiker, noch mehr Forderungen und mehr Polemik. Sondern

mehr Stille, mehr Kraft, um eine neue Sprache der Komplexität zu entwickeln. Mehr Weisheit, weniger Polemik. Nicht das Prinzip „Alt und Jung“ ist außer Kraft gesetzt. Es hat nur immer weniger mit dem (biologischen) Alter zu tun. Junge findet man inzwischen in allen Altersklassen, Rebellische in allen Parteien. Und uralte kann man längst auch mit 20 sein. Die Zukunft gehört auch in Zukunft den Jungen. Den wahrhaft Jungen aller Generationen. ■



Der Autor: **Matthias Horx**, Jahrgang 1955, arbeitete in den 1980er Jahren und bis 1992 als Autor und Redakteur bei Medien wie Pflasterstrand, Tempo, Die Zeit und Merian. 1993 eröffnete er zunächst das Trendbüro in Hamburg, seit 1997 betreibt er das Zukunftsinstitut mit Hauptsitz in Kelkheim im Taunus. Horx schrieb mehrere Bücher (sein neuestes Werk heißt „Zukunft wagen“), war bis 2005 Mitglied beim publizistischen Netzwerk „Achse des Guten“ und lebt heute als Unternehmensberater mit seiner Familie in Wien. Horx beschreibt den von ihm diagnostizierten Wandel gesellschaftlicher Werte und Lebensformen unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus. Neben Fragen zur Zukunft der Arbeitswelt beschäftigt sich Horx mit Auswirkungen des demografischen Wandels und beschreibt einen von ihm postulierten Wertewandel im Bildungs-, Konsum- und Freizeitverhalten. www.lhorx.com

Ihre Meinung ist gefragt!

Die Enkelgeneration

Die ältere Generation ging schon immer in der Menschheitsgeschichte mit den Jüngeren kritisch, wenn nicht gar hart, ins Gericht. So klagte der griechische Philosoph Aristoteles: „Wenn ich die junge Generation anschau, verzweifle ich an der Zukunft der Zivilisation.“ In dieser Souverän nehmen einige Autoren die heutige Enkelgeneration unter die Lupe. Doch wie ist Ihre Meinung? Schreiben Sie uns: Ihre Erfahrungen, Ihre Sichtweise.

**Redaktion Souverän, Senioren-Union der CDU Deutschlands,
Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
E-Mail: seniorenunion@cdu.de**

Enkel-Generation:

Leben mit „Helikopter-Eltern“

Ende August 2013 beschrieb Josef Kraus in einem Sachbuch-Bestseller „Helikoptereltern“ und forderte „Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“. Als Oberstudiendirektor eines Gymnasiums in Bayern und Diplom-Psychologe weiß er, wovon er redet. Mit seiner Streitschrift hat er offenbar einen Nerv getroffen ...

Es sind zwei Kategorien von Eltern, die erzieherisch und vor allem gesamtgesellschaftlich Sorgen machen: Die einen sind diejenigen, die sich null Komma nix um ihre Kinder kümmern. Die anderen sind diejenigen, die sich um alles kümmern. Es sei die Einschätzung gewagt, das bei steigender Tendenz und verschieden nach Wohngegend – beide Gruppen jeweils zehn bis fünfzehn Prozent ausmachen. Im Umkehrschluss heißt das gottlob: Die große Mehrheit der Eltern erzieht bodenständig und verantwortungsbewusst.

Gewiss sind die an Erziehung völlig desinteressierten Eltern die gesellschaftlich gewichtigere Sorgenklientel. In wachsender Stärke macht aber auch eine Gruppe Sorgen, die das Gegenstück darstellt: Eltern, die entschlossen sind, alles und noch mehr für ihr Kind zu tun und die sich zum Beispiel in Sachen Schule über alles aufregen können: über die Zahl der Englischvokabeln, über die Sitzordnung in der Klasse, über jede Einzelnote, über das Gewicht des Schulrucksacks. Da haben wir die Mütter, die sich absolut nicht vorstellen können, dass ihre Töchter im Französischen eine Fünf eingefahren haben, wo die Töchter am Vorabend der Prüfung zu Hause alle Vokabeln wie aus der Pistole geschossen aufsagen konnten. Da haben wir den Vater, der es nicht akzeptieren will, dass sein „verhaltensorigineller“ Sohn binnen eines Quartals bereits sieben schriftliche Ermahnun-

gen kassiert hat, und der auf drei Seiten ausführt, dass die Schule doch gefälliger kreative Menschen und keine Duckmäuser heranziehen solle. Da haben wir den Schüler, der sich mit der Bemerkung weigert, ein herumliegendes Papier aufzuheben: „Dafür sind die Putzfrauen da!“ Als er von der Schulleitung zu einer Extrarunde Reinigungsdienst verpflichtet wird, droht der Vater mit einer Aufsichtsbeschwerde. Und nicht zuletzt haben wir so manche übersensiblen oder auch trickreichen Eltern, die ständig auf der Jagd nach Gutachten sind, in denen ihrem Kind ADS, ADHS, Legasthenie, Dyskalkulie oder unentdeckte Hochbegabung attestiert wird. Busfahrer, Pfarrer, Kindergartenleiterinnen, Vereinstrainer, Jugendgruppenleiter können von vergleichbaren Erfahrungen berichten.

All diese und noch Tausende von Beispielen mehr veranschaulichen das aus den USA kommende Bild von den Helikoptereltern: Tatsächlich kommen einem manche Eltern wie die schnelle Eingreiftruppe des GSG 9 vor – Eltern, die ständig wie Beobachtungsdrohnen über den Kindern schweben und sie an der elektronischen Nabelschnur des Mobiltelefons durchs



Leben geleiten. Oder um im Bild zu bleiben: Es sind dies Transport-Hubschrauber von Eltern (Marke „Taxi Mama“), Rettungs-Hubschrauber von Eltern und Kampf-Hubschrauber von Eltern (in den USA „black-hawk-parents“ genannt). Die andere Seite der Helikopter-Erziehung ist ein um sich greifender Förderwahn. Dieser Wahn geht nicht selten einher mit Visionen von einem maßgeschneiderten Premium-Kind. Das kommerzielle Angebot schafft die entsprechende Nachfrage, und die Ratgeberindustrie boomt. Dabei ist Letztere oft das Problem, als dessen Lösung sie sich ausgibt. Und so prasseln auf Eltern Angebote über Angebote herunter: Little-giants-Kindergärten; „Babytuning“ für die VIBs (Very Important Babys); „FasTrac-Kids“ (fast track = Überholspur); Frühenglisch für Kinder im Buggy; Portfolios und Potenzialanalysen für Dreijährige. Peter Sloterdijks boshafter Begriff der „Fötagogik“ liegt gar nicht zu weit daneben. Deutschlands Hirnforscher sind zum Teil nicht unschuldig an dem um sich greifenden Förder-Hype und an einer mitunter unseriösen Debatte um „Neuro“. Die „Neuro“-Heilsbotschaften, mit Hilfe der Hirnforschung ein Bildungssystem zu ungeahnten Höhen führen zu können, sind jedenfalls Aber- und Wunderglaube zugleich. Kritiker sprechen von „Neuroma-

nia“ oder gar davon, dass die Astrologie mehr Wissenschaftlichkeit in sich habe als so manche Neuro-Bindestrichwissenschaft. Die Lernforscherin Elsbeth Stern, eine der renommiertesten Lernforscherinnen im deutschsprachigen Raum, vergleicht die großenwahnstimmig angehauchten pädagogischen Schlussfolgerungen unseriöser Hirnforscher mit dem Plan, mittels einer physiologischen Beschreibung von Hunger die Unterernährung in der Welt bekämpfen zu wollen. Seriös betrachtet sind jedenfalls große Teile der aus der Hirnforschung angeblich abzuleitenden Förderempfehlungen schlicht und einfach Legenden. Die ganze Synapsenzählerei und Zeitfensterfolklore bringt nichts. Zum Beispiel ist es ein Mythos, dass in der frühen Kindheit viele Nervenverbindungen im Gehirn verschwinden, wenn sie nicht aktiviert würden. Wenn diese Verbindungen verschwinden, dann hat das vielmehr mit einer Strukturierung, bildhaft: mit einem Ausjäten, eines neuronalen Dickichts zum Zweck einer Ökonomisierung der Hirnaktivität zu tun. Man kann Kleinkindern jedenfalls noch so viel „neuro“-mäßig programmiertes Vorschulernen vorsetzen, es hat keinen Zweck. Ein normales anregendes Elternhaus reicht. Oder einfacher: „Sperrn Sie



Ihr Kind nicht in den Schrank, lassen Sie es nicht verhungern, und schlagen Sie ihm nicht mit der Bratpfanne auf den Kopf.“ So hat der US-Neurowissenschaftler Steve Peters die unstrittigen Erkenntnisse der pädagogisch relevanten Neuroforschung zusammengefasst. So manche Politik ist nicht unschuldig an einer solchen Psychodynamik, indem sie die Bildungsdebatte unter Einflüsterung einer OECD zu einer Abiturvollkasko-Propaganda hat verkommen lassen und suggeriert, unterhalb eines Masterabschlusses „geht“ heute nichts mehr. Zugleich verwöhnen die Schulen mit guten Noten und niedrigen Quoten an Sitzenbleibern, in manchen deutschen Ländern gar mit der Abschaffung des Sitzenbleibens und der Noten. Es gibt zum Beispiel immer mehr 1,0-Abiturzeugnisse. In NRW etwa hat sich die Zahl der 1,0-Abiturienten von 455 im Jahr 2007 auf exakt 1 000 im Jahr 2011 mehr als verdoppelt. Die Hochschu-

Der Autor: **Josef Kraus**, Jahrgang 1949, ist seit 1987 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, mit 160 000 Mitgliedern die größte Lehrerorganisation in Deutschland außerhalb des DGB bzw. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von 1980 bis 1995 unterrichtete er als Gymnasiallehrer in Landshut, seitdem ist er als Schulleiter an einem Gymnasium in Vilsbiburg tätig. Kraus verfasste mehrere Bücher, in denen er Mängel des deutschen Schul- und Bildungssystems anprangerte, kritisierte die Rechtschreibreform und gründete im Herbst 2005 zusammen mit dem Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache, Walter Krämer, und dem Journalistenausbilder Wolf Schneider die Aktion „Lebendiges Deutsch“. www.lehrerverband.de



Wahlversprechen nicht vergessen!







sozial



solidarisch



gerecht

handeln!

Mehr Informationen: www.sovd.de/Kernforderungen

len setzen eine solche Kuschelpolitik fort. Laut Wissenschaftsrat war der Anteil der Hochschulabschlüsse (ohne Staatsexamina) mit den Noten 1 und 2 von 2000 bis 2011 von 67,8 auf 76,7 Prozent gestiegen.

Was sind die Folgen einer solchen Erziehung? Solchermaßen erzogene Kinder können keine Eigeninitiative und Eigenverantwortung entwickeln, weil sie Hilflo-sigkeit gepaart mit hohen Ansprüchen erlernt haben. Solche Kinder werden nie mündig, weil es immer jemanden gibt, der für sie alles regelt. Solchen Kindern wird es später an Unternehmergeist fehlen. Was ist dagegenzusetzen? Ers-

tens: Erziehen heißt, intuitiv und gegebenenfalls spontan die richtige Mischung aus Führen und Wachsenlassen zu finden. Jede einseitige Betonung eines dieser beiden Pole ist falsch. Erziehen ist außerdem ein nur „begrenzt planbares“ Unternehmen (Karl Jaspers). Man darf aus dem Erziehungshandeln keine „unheilvolle Totalplanung“ (Jaspers) machen. Das endete nämlich in einem totalitären Glauben, der Mensch sei beliebig machbar.

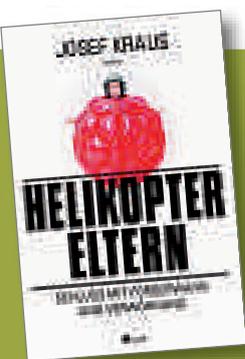
Zweitens und vor allem: Erziehung braucht bei aller Ernsthaftigkeit auch Leichtigkeit und Humor. Der Mensch könnte vor allem durch seine Fähigkeit zum Humor ein gütiges, zugleich lebensbejahendes Hinsehen auf die Unvollkommenheit der Welt, seiner selbst und seiner Zöglinge leben und erleben. Humor hat auch zu tun mit einem Eingeständnis eigener Schwäche, mit Souveränität, mit Selbstironie und Distanz zu sich selbst. Humor gerade in der Erziehung hat ansonsten viel mit Liebe, mit Wohlwollen, mit Wärme, mit Güte, mit Wertschätzung des Zöglings zu tun. Das baut Stress und Ängste ab, ist Ausdruck von Kreativität, erhöht die Frustrationstoleranz, relativiert Probleme, signalisiert Friedfertigkeit

und macht beliebt. Manche sagen auch: Humor ist ein sehr gutes Mittel der Kontingenzbewältigung, also des Umgangs mit Unwägbarkeiten. Jedenfalls erreicht man mit Humor in Elternhaus und Schule oft mehr als mit Kommandopädagogik oder mit rezeptologischer Totalplanung.

Die Bedeutung des Humors in der Erziehung sei deshalb betont, weil es in der modernen Pädagogik so unglaublich humorlos und bierernst zugeht. Gerade auch Großeltern könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Aus der Souveränität der Lebenserfahrung heraus sind sie diejenigen, die der Enkelgeneration ein Stück Leichtigkeit des Seins vermitteln können. Das heißt eben nicht, dass sie mit den Eltern, also ihren eigenen Kindern, mittels Übergratifikation und extremer Liberalität um die Gunst der Allerjüngsten konkurrieren. Nein, im Gegenteil: Auch Großeltern dürfen gegenüber ihren Enkeln Grenzen ziehen und gelegentlich ein Nein aussprechen: liebevoll, mit Herzenswärme und humorvoll. Sie sollten nicht zuletzt deshalb so handeln, weil den Eltern der Jüngsten das Erziehungsgeschäft sonst noch schwerer gemacht wird. ■

Wer mehr lesen möchte

Josef Kraus: Helikoptereltern – Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung. Rowohlt, August 2013, 3. Auflage September 2013, 224 Seiten, Euro 18,95



Bleiben Sie gesund.

Und sonst können Sie sich auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verlassen.

Ein Blick über den Gartenzaun zeigt: So gut wie bei uns ist die medizinische Versorgung in kaum einem anderen Land. Freie Arztwahl, kurze Wartezeiten, medizinischer Fortschritt für alle. Das garantiert unser Zwei-Säulen-System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Typisch deutsch – und einfach riesig. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten Krankenversicherung

Enkelgeneration:

Die überbehüteten Kinder?

„Narziss macht jetzt den Bachelor“, überschrieb Melanie Mühl einen Beitrag im FAZ-Feuilleton über die jetzt zur Universität strebende Generation. Über ihre Beobachtungen berichtet die Redakteurin im Souverän-Interview.

Souverän: Frau Mühl, Sie schreiben von Eltern, die ihre Kinder permanent umkreisen, verwöhnen und verhätscheln. Das Ergebnis sei eine gewisse Alltagsuntauglichkeit solcherart überbehüteter Kinder. Über welche gesellschaftliche Gruppe reden wir hier eigentlich?

Mühl: Diese Überbehütung wird auch von anderen Autoren eindeutig als ein Phänomen der Mittelschicht und Oberklasse beschrieben. So hat sich der Begriff der „Helikopter-Eltern“ eingebürgert, die sich wie ein Beobachtungs-Hubschrauber ständig in der Nähe der Kinder aufhalten, um diese zu überwachen und zu behüten (Anm. der Red.: im Englischen auch als Overparenting bezeichnet). Diese bürgerliche Mittelschicht ist von Abstiegsängsten geplagt und kämpft dafür, dass es Söhne und Töchter im späteren Leben einmal besser haben sollen, wie dies in den Jahrzehnten vorher eigentlich automatisch der Fall war.

Nun sind eine gewisse Besorgnis und Anteilnahme am Leben des Kindes ja eher positiv zu werten, zeitigt doch das Gegenteil oft genug verwahrloste Kinder mit verkümmerten sozialen Fähigkeiten.

Das ist richtig, aber es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen Interesse und Überbehütung. Sobald man mit seinem Kind universitäre Schnuppertage verlebt, Kurse auswählt und den Stundenplan mitentwirft, stellt sich die Frage, ob das Kümmern nicht in Wahrheit pathologische Ausmaße angenommen hat. Wer gut abgeschirmt auf-

wächst und sich dann auch noch als junger Erwachsener in einer watteweichen Welt bewegt, in der die Eltern geradezu panisch versuchen, den Schmerz von Misserfolgen fernzuhalten, als handele es sich um einen lebensbedrohlichen Virus, der wird einer wichtigen Erfahrung beraubt: derjenigen der Niederlage. Nur wer fällt, kann auch wieder aufstehen. Das nötige Handwerkszeug muss erworben werden. Ansonsten endet das wohlbehütete Kind als Realitätsverweigerer.

Können Sie an einem Beispiel verdeutlichen, wo die Grenzen der Überbehütung erreicht sind?

Zum Beispiel, wenn die Eltern ihre Sprösslinge zum Einschreibungstag auf der Uni begleiten oder in die Sprechstunde mit dem Professor. Die jungen Leute müssen einfach lernen, solche Situationen, die auch mit Konflikten verbunden sein können, selbstständig zu lösen. Sonst kann die Diskrepanz zwischen den eigenen Fähigkeiten und der Realität zu reichlich Frust führen. Wie soll man eine durchdachte Entscheidung treffen, wenn einem der Prozess der Entscheidungsfindung fremd ist?

Die Fähigkeit, sich auch einmal selbst durchbeißen zu können, ein Problem aus eigener Kraft zu analysieren und zu lösen, erscheint gerade für eine Generation wichtig, die auf einen hart umkämpften Arbeitsmarkt trifft ...

So ist es. Wenn für verzärtelte, zur Lebensuntauglichkeit erzogene Charaktere schon die Zumutungen des Universitätsalltags ein Schock sind, wie sieht es dann erst beim Jobeinstieg aus? Manche Helikopter-



Melanie Mühl
ist Redakteurin
im Feuilleton
der FAZ.

Eltern gehen übrigens so weit, dass sie auch in dieser Phase noch mitmischen wollen.

Bieten die Soziologen eigentlich schon empirische Untersuchungen zu diesem Phänomen an?

Es gibt einige US-Studien, die der Frage nach einem Zusammenhang zwischen Erziehungsstil und Charakterbildung nachgehen. Die Ergebnisse sind nicht eindeutig, spielen doch viele Aspekte in die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hinein. In Deutschland publizierte im August 2013 der Schulpädagoge Josef Kraus unter dem Titel „Helikopter-Eltern“ eine Streitschrift zum Thema (Anm. der Red.: siehe auch S. 16). Ich kann allerdings von einer großen zustimmenden Resonanz auf den Artikel in der FAZ berichten. So erzählen Professoren von Eltern, die als wütende Anwälte ihres Kindes in der Sprechstunde auftauchen, um über die ihrer Meinung nach ungerechte Benotung der letzten Arbeit zu debattieren. Man erfährt von einer Studentin, die sich 40 Minuten beraten lässt, wo sie am besten ein Auslandssemester verbringen könnte, und sich schließlich entscheidet, den Sommer doch lieber mit der Mutter auf Mallorca zu verbringen. Oder die Story von dem Studenten, der mit einigen Wochen Verspätung ins Seminar kommt, dort noch aufgenommen und mit dem bereits durchgenommenen Stoff versorgt werden möchte, dann aber unschuldig fragt, ob er noch zwei weitere Sitzungen fehlen könne, weil er mit Freunden ein Haus am Meer gemietet habe.

Frau Mühl, herzlichen Dank für dieses interessante Gespräch. ■



KROATIEN

Reisetermine:

27.04. bis 04.05.2014

04.05. bis 11.05.2014

Verlängerungswoche auf Anfrage möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[†] / Dubrovnik / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class (je nach Abflughafen teilweise mit Umstieg)
- Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von zzt. EUR 40,- bis EUR 204,- / je nach Abflughafen (Stand 11/13)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel Croatia (5 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Besichtigungen und Schifffahrten laut Programm
- Eintrittsgelder zum Programm
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Terramundi-Reiseleitung
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- **Flüge (je nach Termin)**
27.04.: ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Köln-Bonn, München und Stuttgart
04.05.: ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München und Stuttgart

Nicht im Preis enthalten:

Obligatorische City-Tax von ca. EUR 1,- pro Person/Nacht (vor Ort bezahlbar)

Reisepreise:

EUR **995,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche:
EUR 245,-

Aufpreis für Zimmer mit garantiertem Meerblick: EUR 49,- pro Person und Woche

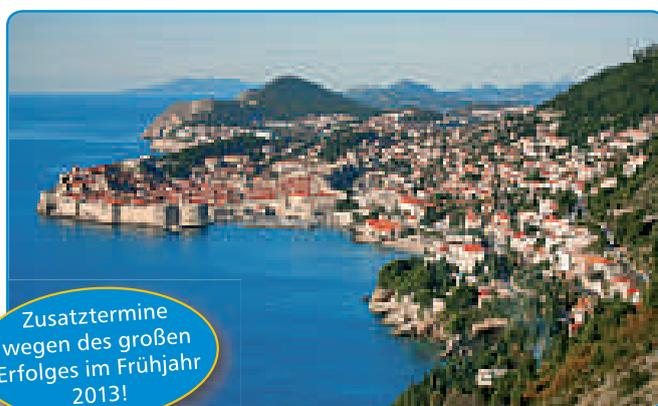
Verlängerungswoche inklusive Halbpension im Doppelzimmer*:
EUR 385,- pro Person

* bei Zweierbelegung

Aufpreis für Abflugtermin 04.05.:
EUR 50,- pro Person

- Grundpreis mit Flügen ab/bis:
Hannover, Köln-Bonn, Stuttgart
- Zuschlag für Flüge ab/bis:
Berlin-Tegel, Hamburg:
EUR 30,- pro Person
Düsseldorf, Frankfurt,
München: EUR 50,- pro Person

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 45,- p. P. für die erste Woche bzw. EUR 60,- inkl. Verlängerungswoche. (Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

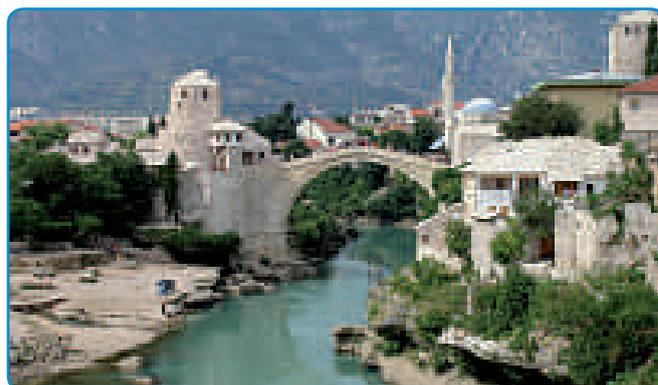


Zusatztermine wegen des großen Erfolges im Frühjahr 2013!

Wenn Sie bei der großen Frühjahrsreise nach Kroatien in diesem Jahr nicht dabei sein konnten, bietet sich im nächsten Jahr erneut die Gelegenheit dazu. Neben der kargen Schönheit der Karstgebirge und den traumhaften Küsten mit den vorgelagerten Inseln sind vor allem die reichen kulturellen Schätze Kroatiens eine Reise wert. Allen voran die „Perle Dalmatiens“, Dubrovnik, deren Altstadt zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Und immer wieder begegnen Ihnen bei Ihren geführten Besichtigungen auch Spuren aus der jüngsten Geschichte der Region – so beim Besuch in Cilipi und Ihrem Ausflug in den Nachbarstaat Kroatiens, Bosnien-Herzegowina. Die legendäre türkische Brücke in Mostar wurde zum Sinnbild für die Absurdität des Balkan-Konfliktes.

Den Rahmen für entspannte Stunden in mildem Klima bietet das 5-Sterne-Hotel, gelegen am Meer. Wenn Sie diese Annehmlichkeiten noch länger genießen möchten, buchen Sie einfach die Verlängerungswoche.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 25 Personen je Termin. • Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig; der Restbetrag 3 Wochen vor Abreise. • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.



Besichtigungen

Mit qualifizierter deutschsprachiger Reiseleitung



Extra

Ausflug nach Bosnien-Herzegowina inklusive, Ausflug nach Montenegro fakultativ möglich



Entspannung

Mildes Klima und schönes 5-Sterne-Hotel



Hotel Croatia*****

Lage: Das 5-Sterne-Hotel (Landeskategorie) liegt spektakulär auf einer felsigen Halbinsel direkt über dem adriatischen Meer oberhalb der malerischen Bucht von Cavtat. Der Fischer- und Touristenort lädt mit zahlreichen Geschäften und Restaurants zum Verweilen ein. Das Hotel ist nur ca. 10 Fahrminuten vom Flughafen von Dubrovnik entfernt. Die historische Altstadt von Dubrovnik können Sie von Cavtat aus per Taxiboot erreichen. Es besteht eine regelmäßige Schiffsverbindung. Die Fahrt dauert – je nach Wetterlage – 30 bis 45 Minuten.

Ausstattung: Das Luxushotel verfügt über eine großzügige Rezeption und mehrere Restaurants: im Hauptgebäude, am Pool und am hoteleigenen Strand an der Bucht von Cavtat, unterhalb des Hotels. Zu den Einrichtungen zählen außerdem Lobby-, Pool- und Strandbar, großzügige Innen- und Außenschwimmbäder, zwei hoteleigene Strände (Fels und Kies), Konferenzzentrum, großer Spa- und Wellnessbereich mit Fitnessbereich und 24-Stunden-Zimmerservice und WIFI-Zugang im Lobby-Bereich.

Zimmer: Alle 487 elegant und großzügig eingerichteten Zimmer und Suiten verfügen über Bad/Dusche, WC, Haarföhn, Balkon, Klimaanlage, Direktwahl-Telefon, Satellitenfernseher, Minibar und Safe. Die Zimmer haben entweder Gartenblick oder direkten Meerblick (gegen Aufpreis).

Verpflegung: Frühstück und Abendessen in Buffetform.



Schon Ihren Wunsch-Termin gesichert?
Die ALGARVE (Portugal) ist das Ziel der traditionellen Frühjahrsreise in Gemeinschaft der CDU Senioren-Union. Sie wurden bereits per Post informiert. Sind Sie mit dabei? Wir freuen uns auf ein Wiedersehen!



Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen nach **Dubrovnik**, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zum Check-In im Hotel Croatia***** in Cavtat.

2. Tag: Der heutige ganztägige Ausflug führt Sie zunächst auf die **Halbinsel Peljesac** mit der Stadt **Ston**. Sie war strategisch über Jahrhunderte für die Region sehr wichtig. Noch heute kann man die herausragende Bedeutung an den Festungsanlagen ablesen. Sie verbinden mit mehr als fünf Kilometer langen Mauern die beiden Stadtteile von Ston. Bekannt ist diese Region auch für die Salzproduktion aus Meerwasser, das in alten Salinenanlagen gewonnen wird. Von der Hafenstadt **Orebic** setzen Sie dann mit der Fähre auf die **Insel Korcula** über, die der dalmatinischen Küste vorgelagert ist. Die gleichnamige Stadt gilt als Geburtsort des bedeutenden Entdeckers Marco Polo. Bei einem Rundgang durch die Gassen der alten Stadt sind die Zeugnisse von Geschichte und Tradition überall erkennbar.

3. Tag: Heute besuchen Sie die „Perle der Adria“ – **Dubrovnik**. Sie gilt als eine der schönsten Städte im gesamten Mittelmeerraum. Zunächst erreichen Sie einen Aussichtspunkt oberhalb der Stadt, von dem Sie einen herrlichen Ausblick über die Altstadt und Bucht haben. Danach besichtigen Sie die UNESCO-geschützte historische Altstadt. Dabei sehen Sie u.a. die historischen Dominikaner-

und Franziskanerklöster, die Liebfrauenkathedrale und den Placa, die 300 Meter lange Hauptstraße der Altstadt Dubrovniks. Hauptsehenswürdigkeit ist neben dem Rektorenpalast die vollständig erhaltene Stadtmauer, die das gesamte Areal der Altstadt umgibt.

4. Tag: Ihr heutiger Ausflug führt Sie in den Nachbarstaat **Bosnien-Herzegowina**. Gleich hinter der Grenze besuchen Sie die alte islamische Festungsstadt **Pocitelj**. Sie war sehr bedeutend als Außenposten der islamischen Herrschaft auf dem Balkan. Ihr Weg führt Sie anschließend weiter – dem Tal des Flusses Neretva folgend – durch das bergige Gebiet Biokovo zur orientalisches geprägten Hauptstadt der Herzegowina, **Mostar**. Hier befand sich während der türkischen Herrschaft der Handelsmittelpunkt. Leider stand die Stadt während des Balkankrieges im Mittelpunkt der Kämpfe, deren Folgen auch heute noch sichtbar sind. Ein Zeichen der Annäherung zwischen den Religionen ist die legendäre türkische Brücke aus dem 16. Jahrhundert, die nach ihrer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Sie besuchen in Mostar außerdem den orientalischen Stadtteil mit dem alten Basar und der Moschee.

5. Tag: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung. Wenn Sie möchten, können Sie an einem optionalen Ausflug in den Nachbarstaat **Montenegro** teilnehmen: [Sie durchqueren die fruchtbare Konavle-Ebene und errei-

chen **Montenegro**, den direkten Nachbarn von Kroatien. Ihr Weg führt Sie zunächst zur fjordartigen Bucht von Kotor, heute UNESCO-Welterbe. Allein die Rundfahrt um die Bucht, die von steilen Berghängen gesäumt wird, ist beeindruckend und spektakulär. Sie setzen mit der Fähre zur künstlich errichteten Kircheninsel „**Gospa od Skrepjela**“ über, wo Sie die Kirche besuchen werden.

Anschließend fahren Sie weiter nach **Kotor**, dem Hauptort dieser Region. Dessen ebenfalls UNESCO-geschützte Altstadt ist vollständig erhalten und beeindruckt durch ihr geschlossenes Ensemble mit der imposanten Stadtmauer, die sich bis zu 250 Meter am Berghang hinaufschlingt. Wer die Mühen eines Aufstieges bis zum höchsten Punkt der Stadtmauer auf sich nimmt, wird mit einem spektakulären Ausblick auf die Altstadt und die Bucht von Kotor belohnt. Ein Besuch im Küstenort **Budva**, dessen Altstadt auf einer Insel entstand und durch eine Sandbank mit dem Festland verbunden ist, rundet Ihren Ausflug nach Montenegro ab.]

6. Tag: Bei Ihrem heutigen Halbtagesausflug fahren Sie zunächst in den Ort **Cilipi** in der nahen Konavle-Ebene. Hier besuchen Sie das Heimatmuseum sowie die Pfarrkirche, die bis heute Zeugnis der jüngeren Geschichte und des Balkankrieges ablegt. Genau am Tag der internationalen Anerkennung des neuen Staates Kroatien, vor allem unter der Federführung der Bundesrepublik Deutschland,

wurden die meisten Häuser des Ortes von der jugoslawischen Armee niedergebrannt. Heute zeigt der Ort wieder seine Ursprünglichkeit. Anschließend fahren Sie weiter nach **Ljuta**, wo Sie historische Wassermühlen sehen, die heute wieder in Betrieb sind. Nach einem Spaziergang werden Sie im Restaurant „**Konavoski Dvori**“ zum rustikalen Mittagessen erwartet. Es werden Wurst, Käse sowie unter einer Eisglocke gegartes Kalb- oder Lammfleisch serviert. Das Restaurant ist direkt in einem Wald am weitverzweigten, idyllischen Fluss Ljuta gelegen.

7. Tag: Ein weiterer Tag, der Ihnen zur freien Verfügung steht. Genießen Sie die wunderbare Lage und die Annehmlichkeiten Ihres Hotels oder nutzen Sie die Zeit für einen Ausflug mit dem Wasser-Taxi nach Dubrovnik.

8. Tag: Bustransfer zum Flughafen **Dubrovnik** und Flug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise – es sei denn, Sie haben die Verlängerungswoche gebucht.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
 Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
 Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
 E-Mail: info@terramundi.de
 Web: www.terramundi.de

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:

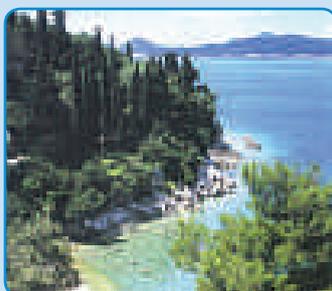


REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
 Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
 E-Mail: info@terramundi.de
 Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **KROATIEN** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
--	--------------

Straße, Hausnummer	
--------------------	--

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl	E-Mail
---------------------	--------

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum
---------------------------------	--------------

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: **KROATIEN**

Termine: 27.04. bis 04.05.2014
 04.05. bis 11.05.2014

Preise: EUR 995,- p.P. im DZ*
 Einzelzimmer-Zuschlag EUR 245,- pro Woche
 Zimmer mit garantiertem Meerblick EUR 49,- / Woche p.P. Verlängerungswoche inkl. HP im DZ* EUR 385,- p.P. Aufpreis für Abflugtermin 04.05.: EUR 50,- pro Person

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
 Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV

(* bei Zweierbelegung)

Demografie:

Gute Aussichten für die alternde Gesellschaft

Menschen werden älter, bleiben länger gesund und sind produktiv – das sind die positiven Seiten des demografischen Wandels. Damit besser umzugehen, um die negativen Aspekte auszugleichen, ist das Gebot der Stunde.



Der Autor: **Prof. Dr. Axel Börsch-Supan** ist Direktor im Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München, wo er das Munich Center for the Economics of Aging (MEA) leitet. E-Mail: boersch-supan@mea.mpsoc.mpg.de
www.share-project.org

Deutschland sieht schwarz: Das Land vergeist, und das Geld reicht nicht für Renten, medizinische Behandlungen und für die Pflege von älteren und alten Menschen. Denn die Geburtenrate ist niedrig, und parallel zur steigenden Zahl der Ruheständler gibt es immer weniger Junge, die in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen.

Zudem bedroht der demografische Wandel – auch in diesem Punkt sind sich viele einig – die makroökonomische Entwicklung. Denn in den nächsten 20 Jahren wird sich die Bevölkerungszahl in Deutschland kaum ändern; sie schrumpft erst nach dem Tod der Babyboom-Generation. Vielen Konsumenten werden also deutlich weniger Erwerbstätige, die Güter und Dienstleistungen produzieren, gegenüberstehen. Damit sinkt das Bruttoinlandsprodukt, und Deutschland wird in der Rangordnung der wirtschaftsstärksten Länder weiter zurückfallen.

Pessimisten sehen auch unseren ökonomischen Lebensstandard in Gefahr. Sie fürchten, dass nicht nur die Erwerbstätigen weniger, sondern diese auch immer weniger produzieren werden. Weil nach gängigem Vorurteil ältere Menschen weniger produktiv sind als jüngere, bräuchte es ausreichend Maschinen und Computer – und das bedeutet enorme Kosten. Zudem tendiert eine ältere Bevölkerung dazu, Vermögenswerte abzubauen, an-

statt neue anzusammeln, und das macht es schwerer, neue Investitionen zu finanzieren.

Gewonnene gesunde Jahre

Dieser tiefliegende Pessimismus übersieht, dass der demografische Wandel auch positive Seiten hat, die dazu beitragen können, dass die düsteren Zukunftsprognosen nicht Realität werden. Dabei hilft es, sich klarzumachen, wie der demografische Wandel zustande kommt.

Zum einen ist da die in Politik und Medien viel diskutierte niedrige Geburtenrate in Deutschland: Seit gut 40 Jahren stagniert sie – allen familienpolitischen Maßnahmen zum Trotz – bei circa 1,3 Kindern pro Frau, sodass jede neue Generation um etwa ein Drittel kleiner ist als ihre Vorgängergeneration. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl schon seit langem schrumpfen. Tatsächlich hat sie die niedrige Geburtenrate der Deutschen aber überkompensiert: Auch 2012 ist die Bevölkerungszahl wieder leicht gestiegen. Zum anderen gründet der demografische Wandel auf dem erstaunlichen Anstieg der Lebenserwartung: In jedem Jahrzehnt wächst sie um etwa zwei Jahre. Derzeit beträgt sie etwa 80 Jahre, sie hat sich damit während eines Menschenlebens um etwa 16 Jahre verlängert. Die gewonnene Zeit wird, dies ist die nächste gute Nachricht, überwiegend ohne gesundheitliche Einschränkungen verbracht. Die „gesunde Lebenserwar-



tung“ – die Zeit bis zur ersten größeren gesundheitlichen Einschränkung – ist noch schneller angestiegen als die statistische Lebenserwartung. Dies liegt nicht daran, dass die typischen Alterskrankheiten später auftreten, denn die Biologie des Menschen ändert sich nur langsam. Sie machen sich jedoch erst später negativ bemerkbar, weil Medizin und Technik das Leben mit diesen Krankheiten deutlich erleichtern. In den gewonnenen gesunden Lebensjahren liegt der Schlüssel dafür, dass aus der demografischen Bedrohung eine Chance werden kann. Die Lösungsansätze liegen auf der Hand: Menschen können länger arbeiten, weil sie länger gesund bleiben. Sie erhalten mehr Aus- und Weiterbildung, damit sie auch in der zweiten Lebenshälfte produktiv bleiben können. Menschen, die nach wie vor psychisch und physisch anstrengende Tätigkeiten ausüben, müssen mehr geschont werden und brauchen mehr präventive Maßnahmen.

Großangelegte Studie SHARE

Die moderne Forschung im Grenzgebiet zwischen den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einerseits und der Medizin andererseits zeigt, dass all dies möglich und machbar ist. Die DFG unterstützt eine großangelegte Studie, die europaweit die Gesundheit der Menschen misst und mit den ökonomischen und sozialen Rahmen-

bedingungen ihres Lebens in Verbindung setzt. Dieser „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)“ hat seit 2004 über 85 000 Menschen befragt und deren Gesundheit gemessen, viele davon mehrfach über eine Zeitspanne von fast zehn Jahren.

Die Studie zeigt unter anderem die Gesundheitsentwicklung im Alter zwischen 60 und 69, also in dem Lebensabschnitt, über den derzeit im Rahmen der Rente mit 67 und anderer Vorschläge zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit Älterer viel diskutiert wird. Das Ergebnis ist beeindruckend gut,

„Menschen werden immer älter – und die gewonnenen Jahre werden überwiegend ohne gesundheitliche Einschränkungen verbracht.“

und dies unabhängig davon, wie man Gesundheit misst. Es geht um drei Faktoren: die subjektive Einschätzung, die funktionale Gesundheit, also darum, wie viele Fertigkeiten laut Angabe der Befragten noch problemlos absolviert werden können, und um die objektiv gemessene „Greifkraft“, ein im wahrsten Sinne des Wortes handliches Maß für die körperliche Gesundheit. Alle drei Maße nehmen mit dem Alter ab, aber sehr langsam, und verglichen mit dem beeindruckend guten Ausgangsniveau ist der Rückgang über diese zehn Jahre gering. Es ist kaum ein Unterschied sichtbar zur

Zeitspanne zwischen 65 und 67 Jahren. 78 Prozent der 60-Jährigen bezeichnen ihre Gesundheit als gut, sehr gut bis ausgezeichnet; zehn Jahre später sind es nur 4 Prozent weniger. 65 Prozent der 60-Jährigen haben keine Funktionseinschränkungen; zehn Jahre später sind es mit 61 Prozent immer noch fast zwei Drittel.

Bildung und Gesundheit

Auch wenn insgesamt die gesundheitliche Entwicklung im Alter viel besser ist als erwartet, sind große Unterschiede innerhalb jeder Altersstufe festzustellen. Diese sind viel größer als etwa der Unterschied zwischen 60- und 69-Jährigen. Für den Durchschnitt der Bevölkerung ist ein späterer Renteneintritt zumindest gesundheitlich kein Problem. Das gilt nicht für alle, weil es längst nicht allen gleich gutgeht. Rentenpolitik darf also nicht alle Menschen über einen Kamm scheren.

Auch hier geben die Daten der DFG-geförderten Studie SHARE Auskunft. Erschreckend deutlich ist der Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Gesundheit: Menschen aus bildungsfernen Elternhaus verdienen in ihrem späteren Leben nicht nur weniger, sie sind auch weniger gesund; umgekehrt haben Menschen mit schlechterer Gesundheit oft Berufe, in denen sie weniger gut verdienen. Die Abhängigkeit dieser Faktoren ist bei

zuckerkranken Frauen am deutlichsten ausgeprägt: Frauen des unteren Bildungsdrittels erkranken mehr als anderthalb mal so häufig an Diabetes wie die des oberen Bildungsdrittels. Ein ähnlicher Befund bei Männern mit Lungenkrankheiten: Diejenigen im unteren Bildungsdrittels leiden fast doppelt sooft an Lungenerkrankungen wie die des oberen Bildungsdrittels. Diese Ergebnisse machen die wichtige Rolle des Gesundheitsverhaltens deutlich.

Einmal mehr erweist es sich, wie entscheidend frühzeitige Bildung ist. Hier zahlen sich Investitionen nicht nur durch höhere Produktivität und höheres Einkommen in der ersten Lebenshälfte, sondern auch durch eine bessere Gesundheit in den späteren Jahren aus.

Erfahrung wertschätzen und fördern

Insgesamt sind viele Menschen im Alter nicht nur gesünder als erwartet. Quantitative Untersuchungen zeigen auch, dass ältere Menschen nicht notwendigerweise weniger produktiv sind als jüngere. In einer durch die DFG mitgeförderten, großangelegten Studie wurden Fließbandarbeiter in einem deutschen Lastwagenmontagewerk intensiv beobachtet – über 1,2 Millionen

Mal. Dabei wurde sichtbar, dass sich Erfahrung und körperliche Leistungsfähigkeit zu ergänzen scheinen: Die Leistungsfähigkeit sinkt zwar mit zunehmendem Alter, aber die Erfahrung steigt. Eine detaillierte Analyse zeigt, dass die 50- bis 60-jährigen Mitarbeiter insofern produktiver sind als die 25- bis 35-Jährigen, weil sie seltener schwere Fehler machen, deren Korrektur das Montagewerk besonders teuer zu stehen kommt.

Die Studie macht deutlich: Es ist sinnvoll, die Erfahrung älterer Mitarbeiter zu schätzen, anstatt sie durch Frühverrentung zu verlieren. Eine älter werdende Belegschaft sollte künftig durch vermehrte Aus- und Weiterbildungsangebote neue Techniken erlernen und dadurch flexibel bleiben können. Auf diesem Feld sind die skandinavi-

schen Länder ein Vorbild; dort werden über 40-Jährige erheblich stärker gefördert als in Deutschland. Eine Verbesserung der Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind hierzulande politisch unumstritten und eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit – bislang ist es jedoch bei Lippenbekenntnissen geblieben, weil Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat sich um die Finanzierung streiten.

Fundamentaler Pessimismus ist nicht begründet und fehlt am Platz. Im Gegenteil: Wir leben länger, bleiben länger gesund und sammeln im Laufe unseres Lebens wertvolle Erfahrungen, die uns auch als ältere Mitarbeiter noch hoch produktiv machen. Diese Seite des demografischen Wandels gibt Grund für Optimismus. Da-

her sind auch seine negativen ökonomischen Auswirkungen kein unabänderliches Schicksal. Die sich verändernde Welt verlangt Anpassungen. Entscheidend dafür wären eine erhöhte Erwerbsquote und eine gute Aus- und Weiterbildung vor allem von Älteren. Politikerinnen und Politiker dürfen daher nicht nur auf die Kosten schauen, sondern Bildung und Gesundheit als Investitionen auffassen, die sich bis ins hohe Alter auszahlen. ■



„Eine älter werdende Belegschaft sollte durch mehr Aus- und Weiterbildung neue Techniken erlernen und so flexibel bleiben können.“

Demografie:

Kleinteiliges Sammelsurium?

Im Jahr 2050 wird es voraussichtlich nur noch 74 Millionen Deutsche geben, zehn Millionen davon werden 80 Jahre oder älter sein. Haben wir die Herausforderungen dieses demografischen Wandels wirklich erkannt und angenommen? Fragen an Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Souverän: Herr Dr. Klingholz, Sie haben kürzlich eine Studie mit dem Titel „Anleitung zum Wenigersein“ vorgelegt und gefordert, wir müssten nun endlich den Fakten ins Auge sehen und die Weichen für die Zukunft stellen. Geht Ihnen die Demografiestrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2012 nicht weit genug?

Dr. Klingholz: Was wir brauchen, ist eine langfristig angelegte Demografiestrategie. Zwar hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr ein Werk gleichen Namens vorgelegt. Doch leider ist dies nicht mehr als ein kleinteiliges Sammelsurium aus Programmen und Initiativen, die ohnehin

schon existieren. Außerdem endet sie im Jahr 2030, also dann, wenn die Alterung der Gesellschaft und die damit verbundenen Probleme erst so richtig beginnen. In meinen Augen ist sie zudem eher ein Wunschzettel als eine Strategie, denn sie formuliert Ziele, die in keinem Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten stehen.

Wo sehen Sie denn die wesentlichen „Baustellen“, die eine langfristige Demografiestrategie anpacken müsste?

Erheblichen Reformbedarf sehe ich vor allem auf den Feldern Familienpolitik, Fachkräftesicherung, Sozialsysteme und Regionalpolitik.



Unser Interviewpartner:

Dr. Reiner Klingholz, Jahrgang 1953, ist Chemiker und Molekularbiologe. Von 1984 bis 1989 war er Wissenschaftsredakteur des Wochenblattes DIE ZEIT, von 1990 bis 2000 Redakteur beim Monatsmagazin GEO; Geschäftsführer für den Bereich Wissenschaft und Redaktionsleiter von GEO WISSEN. Der mehrfache Buchautor ist seit Juli 2003 Direktor und seit 2009 Vorstand des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“.

Was müsste sich in der Familienpolitik tun?

Hier ist es bislang trotz erheblichen finanziellen Aufwands nicht gelungen, etwas am Nachwuchsmangel zu verändern. Die deutsche Familienpolitik ist teuer, ineffizient und ohne klares Ziel. In vielen Fällen unterstützt sie die Institution Ehe, nicht aber die Menschen, die durch Kindererziehung und Pflege Verantwortung übernehmen. Dies müsste sich ändern. Neben der finanziellen Förderung würde v.a. eine zuverlässige, qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur die Familien entlasten.

Die Themenfelder Fachkräftesicherung und Sozialsysteme sind im Grunde eng verzahnt ...?

Ganz klar, denn die Fachkräftesicherung ist auch für den Erhalt funktionierender Sozialsysteme existenziell wichtig. Hier baut die Bundesregierung zu stark auf die Aktivierung der „stillen Reserve“, sprich: Arbeitslose, Frauen und die Älteren. Die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Ländern gilt erst als nachrangige Option. Die Lücken im Arbeitsmarkt werden je-

doch demografiebedingt schon bald so groß werden, dass alle Möglichkeiten der Fachkräftesicherung gleichzeitig genutzt werden müssen. Für die Sozialsysteme gilt, dass die Regierung spätestens in etwa zehn Jahren eine Lösung finden muss, wenn nämlich die Verrentungswelle der sogenannten Babyboomer einsetzt. Die Lösung muss vor allem zwei Komponenten beinhalten, nämlich einerseits die junge Generation nicht über Gebühr zu belasten und andererseits den Älteren mindestens eine Grundversicherung zu garantieren. Den größten Entlastungseffekt verspricht dabei eine längere Lebensarbeitszeit. Wir halten es für angebracht, das Rentenalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Es läge dann im Jahr 2050 vermutlich bei 69 Jahren.

Als vierte Baustelle benennen Sie die Regionalpolitik. Wieso?

Da Bevölkerungsrückgang und Alterung die ländlichen Gebiete besonders stark treffen und deren Zukunftsfähigkeit in Frage stellen, muss die Politik von der hehren Zielvorstellung überall gleichwertiger Lebensverhältnisse Abschied nehmen. Statt-

dessen sollten die Kommunen gefördert werden, die – entgegen dem Trend – Bevölkerung an sich binden können. Umgekehrt sollte dort, wo es mit der Bevölkerungszahl abwärts geht, die Verwaltung das Schrumpfen organisieren und einen Ordnungsrahmen für das Kleinerwerden aufstellen.

Das klingt, als wären die Herausforderungen des demografischen Wandels durchaus zu bewältigen?

Mit langfristiger Planung und Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern lässt sich der demografische Wandel zwar nicht ausschalten, aber bewältigen. Wir können uns lediglich anpassen. Eine Demografiestrategie, die ihren Namen verdient, müsste gerade die ungelösten oder gar unlösbaren Probleme ansprechen, um Verständnis auch für die Umsetzung unpopulärer Maßnahmen zu schaffen. Zudem gilt es zu beachten: Der demografische Wandel beinhaltet nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Wir sollten sie nutzen.

Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

Das Mutmachbuch

Wer älter wird, kann Erfahrungen aus früheren Lebensphasen abrufen: ein innerer Reichtum, ein mehr an Leben und eine Grundlage für die Fähigkeit, sich in andere, gerade in Jüngere einzufühlen – ein Mutmachbuch, das wir alle brauchen.

HERDER

Lesen ist Leben



Henning Scherf
Uta von Schrenk (Hg.)
Mehr Leben – Warum Jung und Alt zusammengehören
160 Seiten | Gebunden
mit Schutzumschlag
€ 12,-
ISBN 978-3-451-30912-0

Neu in allen Buchhandlungen
oder unter www.herder.de

DIE DEUTSCHLAND

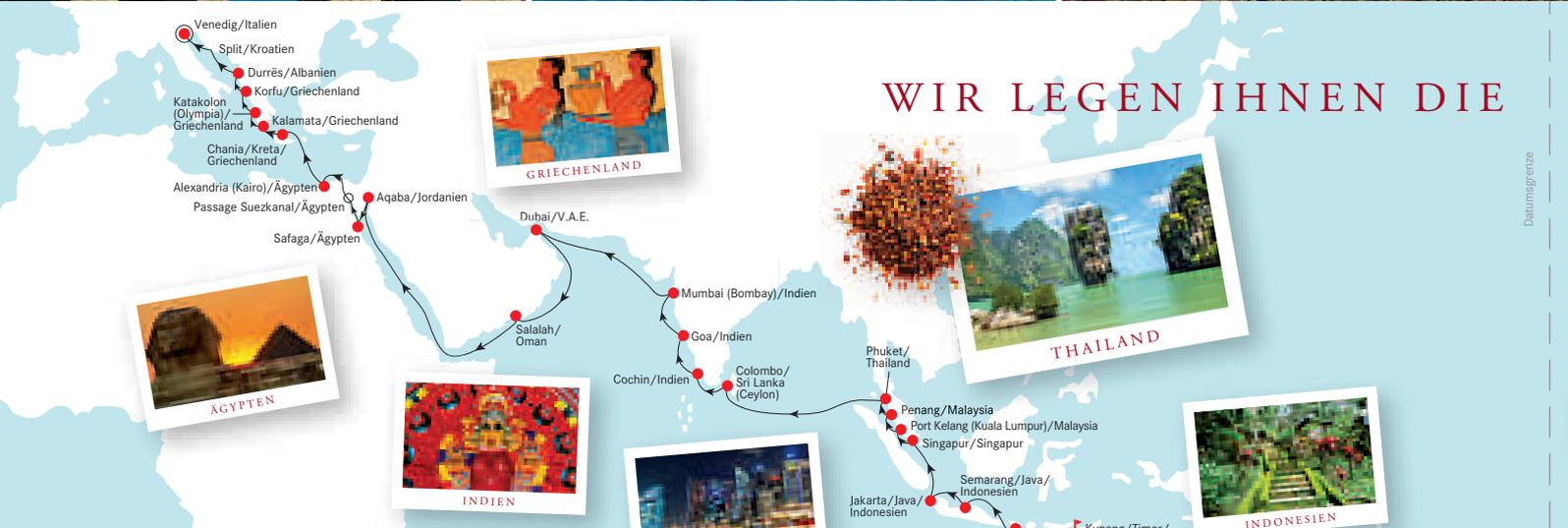
DAS TRAUMSCHIFF



Islas de las Perlas, Panama



Osterinsel, Chile



DIE WELTREISE

vom 18.12.2014 bis 01.05.2015
von Lissabon nach Venedig (134 Tage)

pro Person ab € 28.990,-* in einer 2-Bett-Kabine
zzgl. Flug-An-/Abreisepaket € 660,-

MIT DURCHFÄHRER-VORTEIL

- Tefra Gepäckservice von Ihrer Heimatadresse in Deutschland, Österreich und der Schweiz nach Lissabon direkt in Ihre Kabine bzw. Suite der DEUTSCHLAND und zurück ab Venedig für 3 Gepäckstücke pro Person und Weg (es gelten die Tefra Transport- und Zollbestimmungen)
- Ein Landausflug pro Austauschtag zwischen den einzelnen Weltreise-Etappen
- Weltreise-Party an Bord • 50 % Rabatt auf die Kosten Ihrer Internetnutzung
- 50 % Rabatt auf die Preise der Reinigung/Wäscherei an Bord

REISEN SIE MIT DEM ORIGINAL TV-TRAUMSCHIFF

- Stilvoll-legeres Reisen im kleinen Kreis auf höchstem Niveau im einzigartigen Art Déco Ambiente
- Inspirierende Ländervorträge von fachkundigen Lektoren
- Lange Liegezeiten und intensive Ausflugerlebnisse in kleinen Gruppen mit – wo möglich – deutschsprachigen Reiseleitern
- Häfen abseits der üblichen Routen für authentische Reiseerlebnisse
- Interessante Themenreisen mit den Schwerpunkten Golf und Garten
- Attraktive Frühbucher-Vorteile & Treuerabatt für Wiederholer
- Einziges Kreuzfahrtschiff unter deutscher Flagge

WIR LEGEN IHNEN DIE



Datumsgrenze



SÜDSEE

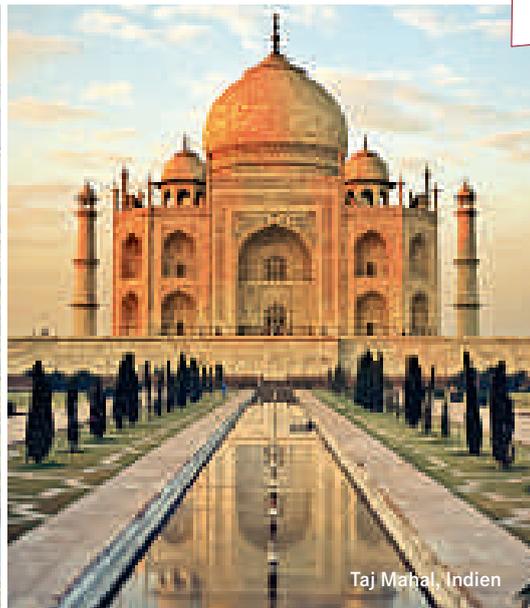


Reederei Peter Deilmann GmbH

**10% FRÜHBUCHER-VORTEIL:
BEI BUCHUNG BIS 18.12.2013**



Orinoco, Venezuela



Taj Mahal, Indien



Sydney, Australien

WELT ZU FÜSSEN ...



JETZT SCANNEN & MEHR ERLEBEN!

DIE TEILSTRECKEN DER WELTREISE

REISE	VOM	BIS	VON	NACH	KREUZFahrt TAGE	AB-Preis*
492	18.12.14	04.01.15	Lissabon	La Guaira	18	€ 5.250,-
493	04.01.15	14.01.15	La Guaira	Guayaquil	11	€ 2.990,-
494	14.01.15	01.02.15	Guayaquil	Papeete	19	€ 4.490,-
495	01.02.15	16.02.15	Papeete	Auckland	15	€ 3.890,-
496	16.02.15	04.03.15	Auckland	Melbourne	17	€ 5.090,-
497	04.03.15	13.03.15	Melbourne	Perth	10	€ 2.990,-
498	13.03.15	27.03.15	Perth	Singapur	15	€ 4.190,-
499	27.03.15	11.04.15	Singapur	Dubai	16	€ 3.890,-
500	11.04.15	20.04.15	Dubai	Safaga	10	€ 1.950,-
501	20.04.15	01.05.15	Safaga	Venedig	12	€ 3.190,-

* 10% Frühbucher-Vorteil bis 12 Monate vor Reisebeginn
5% Frühbucher-Vorteil bis 6 Monate vor Reisebeginn

BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

- Bitte senden Sie mir unverbindliche Informationen zur Weltreise.
- Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:
 - 134-tägige Weltreise 492-501 Lissabon – Venedig (18.12.2014 - 01.05.2015)
 - Weltreise-Teilstrecke Reise-Nr. _____

Name/Vorname _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Telefon/E-Mail _____

2-Bett-Kabine Einzelkabine Deck _____ Preis pro Person _____

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660

Bedrohung oder **Chance?**



Wie steht es um die Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in der europäischen Bevölkerung?

Die zunehmende Vielfalt des Religiösen fordert die Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern in ihrer Lebenspraxis heraus. Die durch die Migrantenströme in die europäischen Länder gebrachten nichtchristlichen Religionen werfen Probleme der sozialen Integration der Zugewanderten sowie der rechtlichen Regelung des Zusammenlebens von Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften auf. Aufgrund der Tatsache, dass die Mehrheit der Immigranten aus nichtwestlichen Ländern Muslime sind, werden die Integrationsfragen vor allem am Beispiel des Islam diskutiert. In Deutschland etwa wird öffentlich debattiert, inwieweit der Islam zu Deutschland gehört und wie integrationswillig die Zugewanderten sind. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die zunehmende religiöse Vielfalt begrüßen und für eine Bereicherung unserer Kultur halten. Auf der anderen Seite melden sich immer wieder Stimmen zu Wort, die vor einer Überfremdung Deutschlands durch ausländische Kulturen und Religionen warnen und in der wachsenden Vielfalt des Religiösen eine Bedrohung der westlichen Zivilisation sehen.

Doch wie ist die Stimmung in der Bevölkerung? Diese Frage stand im Zentrum einer repräsentativen Studie, die in fünf europäischen Ländern im Sommer 2010 durchgeführt wurde. Neben West- und Ostdeutschland wurden Länder in die Studie einbezogen, in denen die Integrations-

debatte ebenfalls hohe Wellen schlägt: die Niederlande, Frankreich, Dänemark und aus Gründen des Vergleichs auch Portugal, wo der Grad der religiösen Pluralität niedriger ist als im europäischen Durchschnitt.

Das Verhältnis der Befragten zur wachsenden religiösen Vielfalt

Das zentrale Ergebnis der Untersuchung kann knapp zusammengefasst werden: Die Haltung der Deutschen gegenüber fremden Religionsgemeinschaften, vor allem gegenüber dem Islam, ist deutlich kritischer als in allen anderen untersuchten Ländern. Wie sehen die Ergebnisse im Einzelnen aus?

Verhältnismäßig gering fallen die Differenzen zwischen Deutschland und den anderen Ländern aus, wenn man zunächst die Frage danach stellt, ob die zunehmende Vielfalt des Religiösen als eine Ursache von Konflikten angesehen wird (vgl. Folie 1). Das Bewusstsein, dass Religionen in der Lage sind, Konflikte auszulösen, ist in allen untersuchten europäischen Ländern verbreitet. Über 70 Prozent der Deutschen, Dänen und Niederländer vertreten diese Ansicht. Bei den Franzosen ist diese Haltung hingegen etwas weniger häufig zu finden (59 %). Kehrt man die Frage um und fragt danach, ob die kulturelle Vielfalt

als eine Bereicherung wahrgenommen wird, zeigen sich allerdings erste starke Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen europäischen Ländern. In Deutschland sind es gerade einmal ungefähr 50 Prozent, die sich durch die Vielfalt des Religiösen bereichert fühlen, in den anderen Ländern dagegen 70 - 80 Prozent. Obwohl in allen untersuchten Ländern also ein klares Bewusstsein für die Probleme existiert, die mit der Vervielfältigung des Religiösen einhergehen, wird in anderen Ländern auch die damit verbundene Bereicherung der eigenen Kultur gesehen. In Deutschland herrscht hingegen mehr ein kritisches und eindimensionales Bild vor.

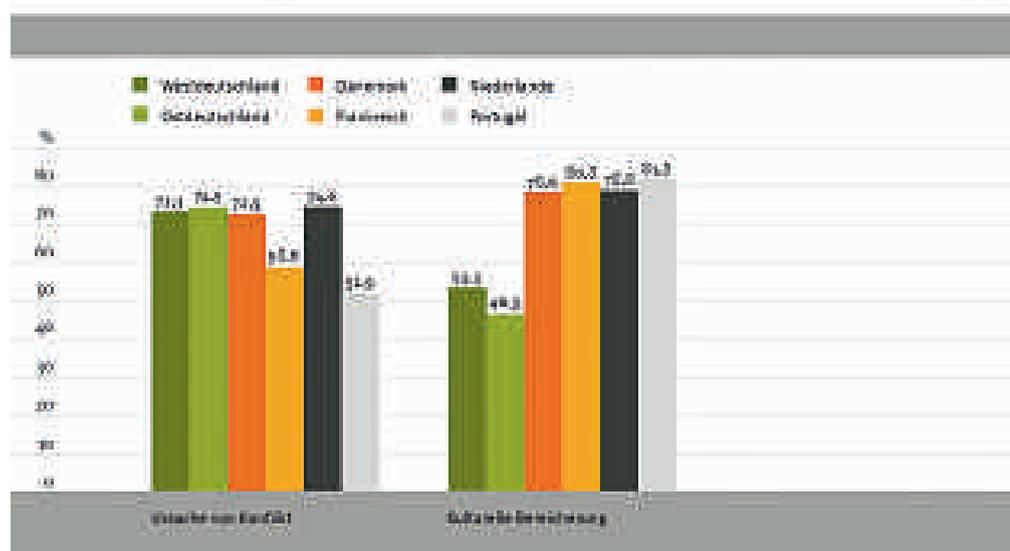


Die Haltung zu nichtchristlichen Religionsgemeinschaften und ihren Vertretern

Die Länderdifferenzen werden noch deutlicher, wenn man die Haltung der Bevölkerung gegenüber Muslimen betrachtet. Hier sind es in Westdeutschland nur 34 Prozent, im Osten Deutschlands sogar lediglich 26 Prozent, die eine allgemein positive Haltung bekunden. In den anderen Ländern trifft dies hingegen auf knapp 60 Prozent zu. Um nähere Informationen darüber zu erhalten, was die Menschen sich vorstellen, wenn sie vom Islam reden,

Ergebnisse: Studie „Religion und Politik“

→ Zunehmende religiöse Vielfalt als Ursache von Konflikt und als Bereicherung



Die Autoren: **Prof. Dr. Detlef Pollack** (l.) ist Professor für Religionssoziologie an der Universität Münster. **Nils Friedrich** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Münster.

sollten sie spontan angeben, welche Eigenschaften sie mit dem Islam assoziieren. In Deutschland, Dänemark und den Niederlanden verbinden den Islam jeweils deutlich mehr als 50 Prozent der Befragten, teilweise sogar um die 80 Prozent, mit negativen Eigenschaften: mit der Benachteiligung der Frau, Fanatismus, Gewaltbereitschaft. Lediglich in Frankreich werden dem Islam Fanatismus und Gewaltbereitschaft nur von einer Minderheit zugeschrieben. Die Bereitschaft, dem Islam positive Eigenschaften zuzusprechen, ist in allen europäischen Ländern, auch in Frankreich, sehr gering. Hier aber ist die Differenz zwischen Deutschland und den anderen Ländern wieder bemerkenswert groß, denn es sind in Deutschland lediglich zwischen 5 und 10 Prozent, die Friedfertigkeit, Toleranz, Achtung der Menschenrechte und Solidarität als charakteristisch für den Islam ansehen, während dies in anderen Ländern 25, 30, manchmal sogar 40 Prozent tun. Das Bild vom Islam ist also in allen Ländern überwiegend negativ. Im Unterschied zu Deutschland findet sich in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Portugal aber doch ein weitaus größerer Anteil der Bevölkerung bereit, dem Islam auch positive Seiten zuzusprechen. Das Bild, das die Deutschen von fremden Kulturen haben, ist entschiedener als in anderen Ländern und entschieden eher negativ.

Rechtsgleichheit für alle Religionsgemeinschaften?

Obwohl das Image des Islam in Westeuropa äußerst kritisch ist, legen die Menschen

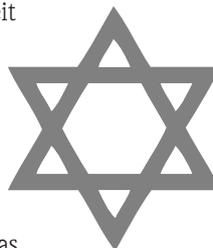
in den untersuchten Ländern, auch in Deutschland, Wert darauf, mit fremden Religionsgemeinschaften fair umzugehen. Wenn danach gefragt wird, ob man alle Religionen respektieren muss, dann antwortet eine beachtliche Mehrheit mit Ja. In Westdeutschland sind es immerhin etwa 80 Prozent, in Ostdeutschland ungefähr Dreiviertel, die so antworten. In den anderen Ländern ist die Zustimmung zu dieser Aussage mit über 90 Prozent noch etwas höher. Die Religionsfreiheit wird in allen europäischen Ländern von etwa 90 Prozent der Befragten als wichtig eingeschätzt. Die ablehnende Haltung gegenüber den Angehörigen fremder Religionsgemeinschaften, insbesondere des Islam, wie sie sich vor allem in Deutschland findet, muss zu dem ihnen entgegengebrachten Respekt nicht im Widerspruch stehen. Toleranz meint ja genau dies, dass man



den anderen achtet, obwohl man mit seinen Überzeugungen und Verhaltensweisen nicht einverstanden ist.

Aber haben wir es in Deutschland tatsächlich mit einer Form der Toleranz zu tun? Skepsis ist angebracht, denn wenn man konkret nach den Rechten fragt, die anderen Religionen zugestanden werden sollen, zeigt sich eher eine restriktive Einstellung. So befürworten in Westdeutschland nur 28 Prozent und in Ostdeutschland nur etwa 20 Prozent den Bau von Moscheen. In Dänemark, Frankreich, den Niederlanden

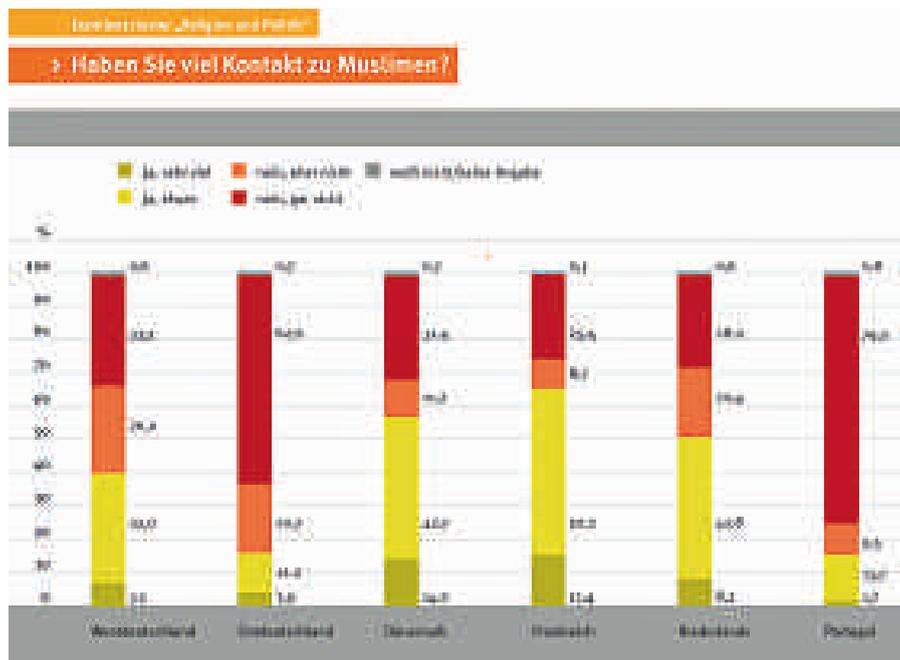
und Portugal macht der Anteil derer, die sich für den Bau von Moscheen aussprechen, deutlich über die Hälfte aus. Und auch die Frage, ob sich die Muslime an unsere Kultur anpassen müssen, wird in



Deutschland – wie allerdings auch in den anderen untersuchten Ländern – von über 80 Prozent bejaht. Wenn schon von Toleranz, könnte man also allenfalls von bedingter Duldung sprechen. Offenbar ist die Haltung zu nichtchristlichen Religionsgemeinschaften bei vielen, vor allem in Deutschland, durch eine gewisse Widersprüchlichkeit charakterisiert. Auch wenn man den Wert der Religionsfreiheit hoch schätzt, sollen die Religionsgemeinschaften doch ungleich behandelt werden.

Die im Vergleich zu den anderen Ländern niedrige Akzeptanz des Baus von Moscheen in Deutschland steht in einem klaren Widerspruch zu dem mehrheitlichen Bekenntnis zum Respekt gegenüber allen Religionen. Steht dahinter das Bedürfnis nach kultureller und religiöser Konformität? Wenn es um die Hochschätzung kultureller und religiöser Vielfalt geht, zeigen die Deutschen in der Tat ein stärkeres Bedürfnis nach Homogenität als andere Nationen. Dies trägt, so zeigen unsere Analysen, dazu bei, dass viele Deutsche sich dafür aussprechen, den vielfältigen Religionsgemeinschaften die Gleichbehandlung vorzuenthalten.

Untersucht man in weiteren Analysen, welche Faktoren einen Einfluss auf die Beurteilung von Muslimen ausüben, so lässt sich feststellen, dass weniger die bloße geistige Beschäftigung mit dem Islam als persönliche Kontakte zu Muslimen positive Effekte auslösen. In der direkten Begegnung mit dem Anderen lassen sich generalisierte negative Einstellungen diesem gegenüber offenbar schwer aufrechterhalten. Im Westen Deutschlands geben etwa 40 Prozent an, zumindest ein wenig Kontakt zu Muslimen zu haben, im Osten sogar nur 16 Prozent, in Frankreich, wo wir unter allen untersuchten Ländern das positivste Islambild antreffen, dagegen über 60 Prozent. Dabei werden Kontakte, wenn sie denn zustande kommen, in allen Ländern mehrheitlich positiv bewertet. Das Problem ist nur eben, dass die Kontakthäufigkeit in Deutschland deutlich unter dem Niveau der europäischen Nachbarn liegt.





Brüsseler ESU-Kongress:

Zäsur und Kontinuität

Prof. Dr. em. An Hermans aus Belgien wurde zur neuen Präsidentin der Europäischen Senioren-Union (ESU) gewählt. Stehende Ovationen gab es für den scheidenden Präsidenten Dr. Bernhard Worms. Nun nimmt die ESU Kurs auf die Europawahlen 2014.

Mit dem VIII. Kongress wird für die Europäische Senioren-Union nicht alles anders. Zwar vollzog sich mit der Neuwahl der Führungsspitze eine personelle Zäsur. Als Nachfolgerin für Dr. Bernhard Worms wählten die ca. 130 Delegierten ohne Gegenstimme die emeritierte Universitätsprofessorin Dr. An Hermans aus Leuven und verabschiedeten den bisherigen Präsidenten mit Standing Ovations. Doch schon in ihren ersten Äußerungen ließ An Hermans erkennen, dass es bei den Grundsätzen der ESU bleiben wird. Wie Bernhard Worms setzt sie auf die Verteidigung von Frieden, Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit sowie auf den Umweltschutz und – dies vor allem – auf die Einhaltung der Menschenwürde für Jung

und Alt. So wird in einer „Brüsseler Erklärung“ die Forderung nach einer altersfreundlichen Gesellschaft bekräftigt. Dem christlichen Menschenbild entsprechend, setzt die ESU auf eine möglichst lange aktive Teilnahme der Älteren am gesellschaftlichen Leben. Dafür kontinuierlich die Voraussetzungen zu schaffen ist der EU, ihren Mitgliedsstaaten und Regionen, auferlegt. Auch die zur ESU gehörenden Mitglieds- und Beobachterverbände sind in der Pflicht. Wenn die neue Präsidentin sagte: „Wir wollen Brückenbauer sein“, so gilt das aktuell ebenso für die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014. Jeder sei aufgerufen, mit historischem Wissen, politischer Erfahrung und Überzeugungskraft vornehmlich jungen Bürgern die Vorzüge des integrierten Europa zu erläutern und sie als Wähler für die erfolgreiche „Familie“ der Europäischen Volkspartei (EVP) zu gewinnen, betonte An Hermans unter starkem Beifall. Mit hoher Wertschätzung wird der ESU begegnet, die exakt am Tag der Kongresseröffnung ihr 18-jähriges Bestehen begehen konnte. Die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel würdigte in einer Grußbotschaft die seit 23 Jahren andauernde Seniorenarbeit von Bernhard Worms und – aktuell – die verantwortungsvolle Mitwirkung der ESU am Grundsatzprogramm und Wahl-



Dr. Bernhard Worms gratuliert Frau Prof. Dr. An Hermans zur Wahl.

manifest der EVP. „Wir bauen auf Ihre Lebenserfahrung“, schrieb Merkel. Zum Kongress Thema „Seniorenfreundliche Gesellschaft“ sprachen Politiker wie EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, die EU-Kommissarin Dr. Viviane Reding oder Ex-EU-Parlamentspräsident und Präsident der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Hans-Gert Pöttering. Auch die stellvertretenden Generalsekretäre der EVP, Luc Vandeputte und Christian Kremer, sowie Repräsentanten des Centre for European Studies und des Ausschusses der europäischen Regionen kamen zu Wort.

Als Nachfolgerin von Ingeborg Uhlenbrock (Düsseldorf) wurde Guido Dumon (Belgien) zum Generalsekretär gewählt. Schatzmeister, bisher Dr. Edeltraud Paul (Wien), ist jetzt Etienne Vanderroost (Belgien). Elke Garczyk (Senioren-Union der CSU) bleibt eine der zwölf Vizepräsidenten, Dr. Gabriele Peus-Bispinck (Senioren-Union der CDU) wurde zum ersten Mal in diese Funktion gewählt. Sitz der ESU (bisher Wien) und ihres Generalsekretariats (Frechen/D) wird ab Mitte November das Hauptquartier der EVP in Brüssel sein. Adresse: Rue de Commerce/ Handelsstraat 10, B-1000 Brussels, E-Mail: esu@epp.eu, Tel.: +32-2-3008005. Die ESU-Webseite wird derzeit überarbeitet. Ulrich Winz



Delegierte aus Deutschland



Dr. Bernhard Worms:

Die Dinge selbst in die Hand nehmen

Fotos: Volker Zierhut



Eine Würdigung des langjährigen ESU-Präsidenten von Achim Hermes.

Eine Ära geht bei der Europäischen Senioren-Union zu Ende: Auf den Tag genau 18 Jahre nach Gründung der ESU verlässt einer der Gründerväter die offizielle politische Bühne: Dr. Bernhard Worms. Beim Kongress der Europäischen Senioren-Union in der europäischen Hauptstadt Brüssel am 7. November dieses Jahres trat der langjährige Präsident nicht mehr zur Wahl an.

Wie kein anderer hat Bernhard Worms die ESU geprägt. Unermüdlich war er fast zwei Jahrzehnte für sie unterwegs. „Es gibt keinen Winkel in Deutschland, keine kreisfreie Stadt und keinen Landkreis, den ich nicht schon besucht habe“, sagt er. Auch in Europa dürfte es für ihn nur noch wenige weiße Flecken geben, auf 150 Flüge bringt es der Christdemokrat bis heute im Jahr. Nur im diktatorischen Weißrussland durfte er nicht für sein Modell der fünf Lebensphasen werben. Das hat ihn nicht gehindert, sich mit weißrussischen Freunden zu treffen. Wo? Da wird er wortkarg, der lebenslustige Rheinländer, der es schafft, mit Anekdoten aus dem Wahlkampf von Konrad Adenauer Säle zum Lachen zu bringen. Er wolle keinen seiner christdemokratischen Freunde in dieser Diktatur in Gefahr bringen, sagt er.

Fünf Lebensphasen? „Früher hat man das Leben eines Menschen in drei Phasen eingeteilt“, erläutert Worms. „Kindheit und Jugend, Familie und Beruf, Alter.“ Das passe heute nicht mehr mit der Lebenswirklichkeit überein. „Denn die Menschen heute sind nach dem Abschluss ihres Berufslebens fit und agil und willens, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Da beginnt eine neue, dritte aktive Lebensphase, deren Potenziale und Kompetenzen die Gesellschaft heben, fördern und nutzen muss.“ Der Erfolg der ESU gibt dem Modell von Bernhard Worms recht: Heute finden 36 Seniorenorganisationen aus 24 europäischen Nationen in der ESU ein gemeinsames Sprachrohr. Sie vertreten „über 1,3 Millionen Männer und Frauen, die so denken wie wir“. Es ist das Verdienst von Bernhard Worms, dass die ESU heute die größte Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren in Europa ist.

Nachhaltig unterstützt wusste sich Bernhard Worms bei seinem Engagement stets von der CDU-Spitze in Berlin. Es war die CDU unter Helmut Kohl, die als Erste in Deutschland eine Interessenvertretung für Menschen über 60 Jahre in der Partei ins Leben rief. Das habe Angela Merkel tatkräftig fortgesetzt, sagt Bernhard Worms: „Angela Merkel ist die einzige Regierungschefin der vergangenen Jahre, die das Exekutivkomitee der ESU zweimal nach Berlin eingeladen und empfangen hat. Dafür sind wir sehr dankbar.“

Was hat Bernhard Worms, den Vater von drei Kindern, den ersten Landrat des Erftkreises, den Vorsitzenden der CDU Rheinland, den Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag gegen Ministerpräsident Johannes Rau, den Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den „Vater der Pflegeversicherung“, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, den Vizepräsidenten der Europäischen Senioren-Union von 1995 bis 2001, den Präsidenten der ESU von 2001 bis 2013, den Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union seit 2002, den gläubigen Katholiken, motiviert zu einem lebenslangen Engagement für Menschen? „Mich hat immer gestört, wenn die Leute gesagt haben: ‚Man kann, man sollte, man muss ...‘“, sagt der 83-Jährige. So bewege man nichts. Man müsse die Dinge selbst in die Hand nehmen: „Deshalb hat für mich immer gegolten: Ich kann, ich soll, ich muss. Ich habe mich immer den Aufgaben gestellt: in der Familie, in der Nachbarschaft, in meiner Stadt, im Land, im Bund, in Europa.“ „Pflichtbewusstsein, Einsatzbereitschaft, Lebensfreude“ – so hatte die „Souverän“ Bernhard Worms zum 75. Geburtstag im März 2005 gewürdigt. Jetzt trete er „zurück ins Glied“, sagt er. Er hinterlässt ein geordnetes, bestelltes Feld. Im Leit Antrag für den Kongress der Europäischen Senioren-Union 2013 in Brüssel hat Bernhard Worms sein Vermächtnis an die ESU niedergeschrieben: „Together towards an age-friendly society – Gemeinsam auf dem Weg zu einer altersfreundlichen Gesellschaft.“ ■

Energiewende:

Was hilft gegen den

Blackout?

Die Energiewende hat so ihre Tücken. Mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien und den damit vorhandenen Schwankungen bei der Einspeisung erhöht sich auch das Risiko von Störungen. Deshalb müssen die Netzbetreiber heute weit häufiger ins Netz eingreifen, um sicherzustellen, dass der Strom nicht ausfällt. Welche technischen Hilfsmittel stehen zur Verfügung, und wo liegen ihre Grenzen?

„iNES“ soll in Frankfurt am Main zukünftig dafür sorgen, dass die Lichter nicht ausgehen. iNES steht für die beiden intelligenten Ortsnetzstationen, die der städtische Stromversorger Mainova seit 2011 in der Innenstadt und im ländlichen Stadtteil Bergen erproben. Anders als die bislang üblichen Trafostationen ist iNES in der Lage, die Last im örtlichen Niederspannungsnetz automatisch so zu regeln, dass die erforderliche Wechselspannung von 230 Volt plus/minus 10 Prozent, auf die unsere technischen Geräte angewiesen sind, kontinuier-

lich erhalten bleibt. Warum die neue Technik notwendig ist? In der Bankenmetropole speisen mittlerweile mehr als 1000 Photovoltaik-Anlagen in das Niederspannungsnetz ein, unregelmäßig, je nachdem, ob die Sonne scheint oder nicht. Kritisch wird es, wenn zu viel Solarstrom ins Netz drückt, der den Bedarf überschreitet, sonntagsmorgens beispielsweise, wenn viele Maschinen und Rechner stillstehen und allenfalls Kaffeemaschinen vor sich hin surren. Die hohen Lastschwankungen im Ortsnetz, die durch den Überschuss entstehen, können dann schnell die Spannung über die Toleranzgrenze drücken – automatische Abschaltungen in Stadtgebieten, in denen sich die Solaranlagen ballen, wären nicht mehr auszuschließen. iNES soll derartige Situationen erkennen, das Übersetzungsverhältnis variieren und notfalls, wenn der Solarstromüberschuss zu groß wird, selbsttätig die Leistung der Einspeiser herunterdrehen.

iNES wird nicht nur in Frankfurt gebraucht, um den örtlichen Blackout in Gebieten, in denen Wind- und Solaranlagen sich ballen, zu vermeiden. „Derzeit speisen 97 Prozent aller erneuerbaren Energien, also fast alle, auf der von uns betreuten Ebene der Verteilnetze ein“, betont Constantin Alsheimer, der Mainova-Vorstandsvorsitzende, „und deshalb haben alle Stromversorger auf der lokalen Ebene das Problem, dass sie

ihre Netze stabilhalten müssen.“ Bundesweit stehen Photovoltaik-Anlagen mit mehr als 25 000 Megawatt Leistung startbereit, um ihren Strom bei Sonnenschein in die Netze zu drücken – in den nächsten Jahren sollen nach den Plänen der Bundesregierung noch einmal so viel dazukommen. Hinzu kommen die mehr als 30 000 Megawatt Windenergie; wenn der Wind flächendeckend weht und die Sonne scheint, können sie den Strombedarf Deutschlands an verbrauchsarmen Tagen fast vollständig decken. Für diese – noch dazu nicht kontinuierliche – „Einspeisung von unten“ aber sind die Verteilnetze – Nieder-, aber auch Mittelspannungsnetze – nicht ausgelegt. Sie wurden in einer Zeit konzipiert, als Strom von wenigen zentralen Kraftwerken „nach unten“ zu den Verbrauchern durchgereicht wurde. Doch auch für derartige Fälle müssen sie weiter gerüstet sein: Wenn nämlich nachts Flaute herrscht und Wind- und Solaranlagen nicht liefern können. Teurer Netzausbau ist erforderlich, um die Netze entsprechend flexibler zu machen, oder eben die Nachrüstung der bestehenden Strukturen mit „intelligenten“ Regелеlementen wie iNES.

„Durch kundennahe Spannungsregelung im Mittelspannungsnetz, an ausgewählten Ortsnetzstationen und Kundenanschlüssen kann der ansonsten notwendige und kostenintensive Netzausbau verzögert oder

ganz vermieden werden.“ Das ist das Ergebnis des Verbundprojekts „Netze für die Stromversorgung der Zukunft“, das RWE Deutschland mit den Projektpartnern ABB, Consentec und TU Dortmund durchgeführt hat. Hier wurde ein leistungselektronischer Spannungsregler der Firma ABB eingesetzt, der der Ortsnetzstation nachgeschaltet ist. „Der in einer separaten Station untergebrachte Regler ermöglicht flexibles Agieren bei unvorhergesehenen Netzentwicklungen“, erläutert Torsten Hammerschmidt von RWE. Anders als bei einer fixen Kopplung mit dem Trafo „kann er dort eingesetzt werden, wo kurzfristig Handlungsbedarf besteht, sodass ein Netzausbau vermieden oder zumindest verzögert werden kann“. Denn die Anforderungen an die Verteilnetze werden sich in Zukunft weiter kontinuierlich ändern, wenn wie geplant immer mehr Anlagen erneuerbarer Energien an unterschiedlichen Stellen in die Netze einspeisen – mit der Folge, dass sich auch die Lastflüsse kontinuierlich ändern. Dann kann der separate Spannungsregler bei sich wandelndem Bedarf versetzt und an anderer Stelle des Netzes eingesetzt werden. Auch die Betreiber von Photovoltaik-Anlagen selbst können zur Netzstabilität beitragen – und müssen dies zukünftig aufgrund einer neuen Richtlinie des VDE auch tun. Erzeugungsanlagen von Wechselstrom, große wie kleine, speisen neben der Wirkleistung, die den Verbrauchern zur Verfügung steht, immer auch sogenannte Blindleistung ein, also Leistung, die kontinuierlich im System hin und her pendelt und nicht zur Energieerzeugung nutzbar ist. Die Wechselrichter, die den Photovoltaik-Gleichstrom in ins Netz einspeisbaren Wechselstrom umwandeln, können so ausgestattet werden, dass die erzeugte Blindleistung die Spannungshaltung im Netz unterstützt. „Durch die Verpflichtung zur Spannungshaltung im Wechselrichter“, so der Braunschweiger Elektrotechniker Professor Bernd Engel von der Technischen Universität, „kann die Aufnahmefähigkeit des Niederspannungsnetzes bis zu verdoppelt werden.“

Engel hat die einzelnen Maßnahmen, um die Aufnahmekapazität des Niederspan-

nungsnetzes ohne teuren Netzausbau zu erhöhen, systematisch bewertet. Ergebnis: Die Spannungshaltung durch regelbare Ortsnetzstationen und durch Blindleistungseinspeisung über die Wechselrichter ist am weitaus wirkungsvollsten und kostengünstigsten. Je nach örtlicher Situation können sie dafür sorgen, dass ohne zusätzlichen Netzausbau zwischen 40 und 200 Prozent mehr Photovoltaik-Anlagen an das Niederspannungsnetz angeschlossen werden können. Alternativ muss die Einspeisung je nach Bedarf variiert werden – das erhöht die Kapazität um 20 bis 50 Prozent. Ein derartiges Einspeisemanagement senkt allerdings den Ertrag der Anlagen. Auch die

Zurzeit greifen die Netzbetreiber massiv in die Steuerung der Kraftwerke ein, beobachtet man bei der Bundesnetzagentur.

Steigerung des Eigenverbrauchs an Photovoltaikstrom ist möglich; das Potenzial hierfür ist aber relativ gering, weil im Haus oder im Betrieb selbst Verbrauch und Erzeugung nur sehr schwer zu harmonisieren sind. Bleibt die teuerste Variante: der Einsatz von Batteriespeichern, um überschüssigen Strom bei Sonnenschein für die dunklen Stunden aufzubewahren und damit die Lastkurven zu vergleichmäßigen. Derartige „Peak Shaving“ würde die Aufnahmekapazität des Netzes um mehr als 100 Prozent erhöhen, allerdings hohe Kosten verursachen.

Einen anderen Weg, temporär überschüssigen Solarstrom für dunkle Stunden zu speichern, haben die Netzplaner Jörg Feldmann und Christian Linke von der Aachener Consentec Consulting GmbH gewählt. Sie haben einem Demonstrationsnetz einen Gasspeicher für Biogas beigegeben. Die Idee: die Stromeinspeisung einer Biogasanlage „so zu steuern, dass der zeitliche Verlauf der Einspeiseleistung aus der Biogasanlage invers zu dem der Photovoltaikanlage ist und somit annähernd konstante Leistung in das Stromnetz eingespeist wird“. Diese Vorratsspeicherung des Biogases hat gegenüber der Batteriespeicherung von bereits erzeugtem Strom den Vorteil, dass keine zusätzlichen Energie-Verluste entstehen. Somit können auch die Kosten deutlich gesenkt werden.

Fazit Engel: Sowohl ein „Netzkollaps“ als auch ein 20 Milliarden Euro verschlingender Netzausbau sind vermeidbar – trotz weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Oftmals hilft allerdings nur noch, bestehende Trafos durch neue, leistungsfähigere auszutauschen, vor allem in sonnenverwöhnten Landstrichen, wo sich die Photovoltaik-Anlagen drängeln. Dann kann der Überschuss-Solarstrom nicht mehr vor Ort im Niederspannungsnetz verbraucht werden, sondern muss auf die Mittel- und die Hochspannungsebene transformiert werden. So investiert die Nürnberger N-Ergie Netz AG, zuständig für weite Teile der Region Mittelfranken, derzeit jährlich rund 15 Millionen Euro, um zusätzliche Photovoltaik-Anlagen einzubinden. Allein knapp eine halbe Million Euro musste die Netzgesellschaft investieren, um den bisherigen Umspanner von der Mittelspannung ins 110-Kilovolt-Hochspannungsnetz, dessen Kapazität von 20 Megavoltampere (MVA) durch die zunehmende PV-Einspeisung an seine

Grenzen gestoßen war, durch einen doppelt so leistungsstarken zu ersetzen. Bis Ende 2013 sollen auch weitere sieben Großtransformatoren ausgetauscht werden. Um Kosten zu sparen, versuchen die Nürnberger, die durch den Austausch freier werdenden, voll leistungsfähigen „kleineren“ Trafos an einer anderen Stelle im Netz weiterzuverwenden.

Mit dem Trafo-Verstärkungsprogramm wollen die regionalen Netzbetreiber einer Entwicklung entgegenwirken, die in den letzten Monaten zu verzeichnen ist: Es kam gehäuft zu Bränden in Umspannwerken zwischen Mittel- und Hochspannung, verbunden mit großflächigen Stromausfällen – mitten in den sonnenreichen Landstrichen Bayerns und Hessens. Das deutet darauf hin, dass die Trafos zunehmend „an der Belastungsgrenze“ arbeiten, obwohl ein direkter Zusammenhang mit der Einspeisung erneuerbarer Energien nicht nachweisbar sei, wie aus Nürnberg verlautet.

Tatsache ist jedoch: Mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien und den damit vorhandenen Schwankungen erhöht sich auch das Risiko von Störungen. „Netzausfälle sind schon jetzt häufiger als noch vor ein paar Jahren“, bilanziert Karl-Friedrich Ziegahn, Leiter des Programms Erneuerbare Energien am Karlsruher Institut für Technik. „Früher mussten die Netzbetreiber drei- oder viermal manuell ins Netz eingreifen, um sicherzustellen, dass der Strom nicht ausfällt. Heute liegen wir bei 50 bis 60 solcher Netzeingriffe“.

Probleme können auch bei den Übertragungsnetzen auftreten – und das könnte

Der Autor:

Dr. Reinhard Klopffleisch

ist Physiker und Fachjournalist.

großflächige Stromabschaltungen auslösen, wie wir sie im Jahr 2005 im Münsterland erlebt haben. Dort reichten reichlich Schnee und Eis auf den Höchstspannungsleitungen aus, die Strommasten zusammenbrechen zu lassen, weil starker Wind zusätzlich die Leitungen zum Schwingen brachte. Doch zeigte sich auch: Eine Ursache reicht nicht aus, um das Netz zusammenbrechen zu lassen. „Vielmehr beruht ein gravierender Stromausfall auf einer Verkettung verschiedener Auslöser“, betont Heiko Klick von der TÜVRheinland Consulting GmbH, Koordinator des Forschungsprojektes GRASB (Szenenorientierte Grundlagen und innovative Methoden zur Reduzierung des Ausfallrisikos der Stromversorgung unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Bevölkerung). So auch im Münsterland, wo Schnee und Eis und hohe Windgeschwindigkeiten zusam-

menkommen mussten, um die Katastrophe auszulösen. Doch steigt nicht die Gefahr, dass es zu einer derartigen Verkettung immer häufiger kommt, wenn die Belastung der Netze durch die Anforderungen der Energiewende zunimmt?

Es ist ja nicht nur die zunehmende Einspeisung der erneuerbaren Energien in die lokalen Netze – sie allein würde allenfalls die Gefahr steigern, dass es in einzelnen betroffenen Regionen zum Netzzusammenbruch kommen könnte. Damit verbunden ist aber auch die parallele Abschaltung von Großkraftwerken – namentlich der Kernkraftwerke allmählich bis 2022. Und das kann zum Zusammenbruch des Gesamtnetzes führen – zum vielgefürchteten flächendeckenden Blackout.

Das Problem heißt wieder Spannungshaltung – diesmal auf der Ebene der Übertragungsnetze. Um die Spannung zu halten, muss an allen Punkten des Netzes eine ausreichende Blindleistung vorhanden sein. Das gilt auch für die Höchstspannung. Die Bundesnetzagentur nennt Blindleistung das „Schmiermittel des Netzes“, ohne das eine Stromübertragung unmöglich ist. Blindleistung kann allerdings nicht über weite Entfernungen transportiert werden, sie muss lokal erzeugt werden. Im Jahr 2011 sind nun acht derartige große lokale Blindleistungserzeuger mit einem Schlag weggefallen – die Kernkraftwerke. Probleme gab es vor allem im Raum Biblis, wo gleich zwei Kernkraftblöcke vom Netz gingen. Dort mussten die Generatoren des

Kernkraftwerks Biblis A weiter am Netz gehalten werden, um ausreichend Blindleistung für die Region zur Verfügung zu stellen – betrieben von einem Kohlekraftwerk.

Wenn also im Süden Deutschlands mehr Strom gebraucht wird, als lokal vorhanden ist, droht großflächiger Stromausfall. Gegensteuern können die Netzbetreiber durch sogenannte Redispatch-Maßnahmen. Dabei werden die jeweiligen Kraftwerksbetreiber aufgefordert, Leistung hoch- oder runterzufahren. Zurzeit greifen die Netzbetreiber massiv in die Steuerung der Kraftwerke ein, beobachtet man bei der Bundesnetzagentur. Falls beim Ausfall eines zentralen Leitungssystems der Lastfluss von anderen stark ausgelasteten Leitungen aufgefangen werden muss, bestehe momentan ein erhöhtes Blackout-Risiko – zumal wenn dann noch weitere Extralasten hinzukämen, wie Schnee und Eis im Münsterland. Mittelfristig hilft es dann nur, an geeigneten Stellen als Ersatz für die vom Netz gehenden alten Kern- und Kohlekraftwerke flexibel einsetzbare neue Kraftwerke zu errichten, überwiegend schnell regelbar auf Gasbasis. Doch dafür stehen die Zeichen schlecht. Angesichts des derzeit extrem niedrigen Strompreises rechnet sich kein Gaskraftwerk. Viel spricht dafür, dass die beste Blackout-Prophylaxe darin besteht, dass der Gesetzgeber geeignete Rahmenbedingungen schafft, damit Gaskraftwerke sich zukünftig wieder rechnen. ■



Im Interview: Carsten Liedtke

Stromgeschäft mit **Schlagseite**

Kommt die Energiewende nun nach der Wahl zügiger voran als bislang? Wo liegen eigentlich die größten Probleme, weniger für die Stromkonzerne RWE und Co. als für die Regionalversorger, die Stadtwerke? Souverän fragte den Vorstandschef der SWK Stadtwerke Krefeld AG, Carsten Liedtke.

Souverän: Ihr Unternehmen ist mit einem Umsatz von rund 1,1 Milliarden Euro das größte vollständig kommunale Stadtwerk in Nordrhein-Westfalen und in den Bereichen Energie, Wasser, Entsorgung und Verkehr engagiert. Früher galt der Energiebereich als die Cash-Cow, die im Querverbund vor allem Defizite im ÖPNV wie auch andere Löcher im kommunalen Haushalt stopfte. Ist das auch in Zeiten der Energiewende noch so?

Liedtke: Da das Stromgeschäft auf der Ertragsseite inzwischen Schlagseite hat, wird perspektivisch für die Kämmerer we-

niger als früher übrig bleiben. Die Energiewende hat bislang zur Folge, dass wir auf der Erzeugungsseite, beispielsweise mit unserem 20 Megawatt (MW)-Anteil am Gaskraftwerk Hamm-Uentrop, deutlich unter der Jahressollzahl fahren. Für alle Erzeuger gilt, dass die Börsenpreise für Strom allein seit Januar um 20 Prozent gefallen sind, sie liegen zurzeit bei rund 38,50 pro Megawattstunde (MWh) und sind damit definitiv nicht kostendeckend. Hinzu kommen stark verringerte Kraftwerkslaufzeiten durch den Einspeisevorrang der stark ausgebauten erneuerbaren Energien.



Der Verbraucher zahlt aber immer mehr ...

Das ist die Crux. Denn der gefallene Börsenpreis bedeutet auch, dass die Differenz zwischen EEG-Vergütung und Börsenpreis steigt, die wiederum über die EEG-Umlage ausgeglichen werden muss. Insgesamt besteht mittlerweile die Hälfte des Strompreises auf der Endverbraucherrechnung aus Umlagen und Entgelten, die politisch generiert sind. Dieser Anteil steigt seit Jahren. Wir sind zunehmend ein Inkassounternehmen für die Politik.

Während Sie für das notwendige Vorhalten von Reservekapazitäten für wind- und sonnenarme Tage auf einem Fixkostenblock sitzen, den Sie nicht in entsprechender Höhe umlegen können?

Richtig. Wenn es nicht gelingt, für das Vorhalten nur zeitweise benötigter Erzeugungskapazitäten einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, wie ihn der vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) kürzlich gemachte Vorschlag für ein neues Energiemarktdesign vorsieht, wird sich die



Carsten Liedtke, Sprecher des Vorstands der SWK Stadtwerke Krefeld AG

Branche dauerhaft auf einem weit niedrigeren Ertragsniveau wiederfinden. Mit allen komplexen Folgen etwa für die Aufgaben im Querverbund. Uns als Stadtwerken bleiben vom Strompreis nur etwa 5 Prozent Rohmarge, und davon sind Vertrieb, Kundenservice, Zahlungsausfälle und der Abrechnungsaufwand zu finanzieren. Da bleibt unter dem Strich nicht mehr viel übrig ...

Stichwort Investitionen: Die Stadtwerke gelten als Hoffnungsträger für den beabsichtigten Umstieg auf dezentrale Energiequellen. Ist beispielsweise das Mini-Blockheizkraftwerk (BHKW) im Keller von Mehrfamilienhäusern ein tragfähiges Geschäftsmodell?

Das Modell ist so neu ja nicht. Wir haben bereits mehrere hundert Contracting-Verträge mit unseren Kunden und gehören seit einigen Tagen zu den vom Land geförderten KWK-Modellkommunen (KWK= Kraft-Wärme-Kopplung) in Nordrhein-Westfalen. Für den weiteren Ausbau und die optionale Zusammenfassung von Anlagen zu sog. virtuellen Kraftwerken erarbeiten wir bis Anfang 2014 ein technisches Feinkonzept, danach gehen wir – wenn wir in die nächste Runde kommen – an die Implementierung. Ziel ist, die momentane Unwirtschaftlichkeit von KWK-Kleinanlagen zu verändern.

Auch wenn das Vorhaben gelingt, werden sich die Erträge aber im Rahmen halten?

Natürlich. Die Volumina, über die wir hier reden, federn längst nicht ab, was auf der anderen Seite an Erträgen verloren geht. Da müssten wir ja sonst Tausende solcher Anlagen in Krefeld installieren. Dies gilt übrigens für viele Bereiche der erneuerbaren Energien.

Das alles zeigt, die Energiewende

steckt voller Problematiken. Manche Kritiker befürchten sogar schon ein Scheitern. Wie sehen Sie die aktuelle Situation?

Das Projekt Energiewende hat noch eine Chance, aber nur, wenn alle Beteiligten – dirigiert von zentraler Stelle – an einem Strang ziehen. Diese zentrale Stelle könnte aus meiner Sicht die Bundesnetzagentur sein. Sie sollte den weiteren Netzausbau und die Standortplanung für Kraftwerke und Erneuerbare koordinieren. Ein spezielles Energieministerium und damit noch mehr Verwaltung und Abstimmungsbedarf auf politischer Ebene brauchen wir aus meiner Sicht nicht, hier halte ich das Wirtschaftsministerium für zuständig. Notwendig ist allerdings auch eine Absprache auf europäischer Ebene, beispielsweise die Schnittstellenproblematik an den deutschen Außengrenzen, wo die Ökostromübernahme zeitweise zu massiven Problemen führt. Diese europäischen Aspekte werden in der derzeitigen Diskussion etwas stiefmütterlich behandelt.

Der Bürger verbindet mit der Energiewende derzeit v.a. steigende Strompreise. Wie erklären Sie ihm die eigentlich ungeheuer komplexe Problematik?

Durch Verweis auf die im Grunde einfache Ausgangslage. Wir haben ein bestehendes System aus Kraftwerken und Netzen, dies mit den entsprechenden Fixkosten. Die Einbindung von erneuerbaren Energien, die ja nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung stehen, bedeutet eine teils doppelte Auslegung des Systems, sie erfordert Milliardeninvestitionen für neue Anlagen und Netzteile unter gleichzeitiger Beibehaltung der Altanlagen und bestehenden Verteilnetze. Das hat seinen Preis.

Herr Liedtke, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Wir **alle** tragen Verantwortung ...



Die Energiewende ist ein sehr komplexes Vorhaben. Um die dabei anstehenden Herausforderungen zu meistern, sollten auch die Verbraucher ihre Möglichkeiten nutzen. Ein Plädoyer von Christa Thoben.



Die Autorin: **Christa Thoben**, gelernte Volkswirtin, war u.a. als Wissenschaftliche Referentin beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und als Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Münster tätig. Für die CDU war Christa Thoben in vielen Funktionen aktiv, so als Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und als stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau war sie Staatssekretärin, von 2005 bis 2010 war sie Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Derzeit ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der Senioren-Union in NRW.

In der letzten „Souverän“-Ausgabe (Nr. 3-2013) ist ein Gespräch mit Hildegard Müller, der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, zum Thema „Energiewende“ veröffentlicht worden. Fragen zu zentralen Aspekten des sehr komplexen Vorhabens standen im Mittelpunkt. In diesem Gespräch wurde die Rolle der privaten Konsumenten, ihrer Beiträge zum Gelingen der Wende und zur Schonung des eigenen Portemonnaies nicht thematisiert. Aber können wir alle denn eigentlich nur Preissteigerungen dulden, uns Sorgen um die Versorgungssicherheit machen und die zügig von der neuen Bundesregierung einzuleitenden Verbesserungen in Steuerung und Rahmensetzung der Energiewende einfordern?

Nein, denn: „Sparen ist die größte Energiequelle“, wie die FAZ einen Artikel titelte. Jede Kilowattstunde, die wir nicht verbrauchen, muss auch nicht erzeugt werden – egal, aus welcher Quelle. Ich möchte uns alle zum Mittun einladen.

Was sollen / können wir tun?

1. Unseren Energieverbrauch zunächst kennen. Damit meine ich nicht nur die Höhe der Heizkosten und des Stromverbrauchs, sondern die durch unser Verhalten beeinflussbaren „Hauptfresser“. Informationen, Hilfen, Beratungen bieten die Verbraucherzentrale und/oder die Energieagentur NRW.

2. Achten wir beim Einkauf neuer Geräte / Lampen / Kühlschränke usw. auf deren Energie-Effizienz? Sparsame Geräte werden mit A+++ gekennzeichnet.

3. Welche Geräte laufen bei uns im Stand-by? Es gibt sogar moderne Fernsehgeräte, die zum vollständigen Abschalten erst beim Einbringen eines Zwischensteckers „bereit“ sind.

4. Unsere Gebäude verbrauchen 40% unserer Energie. Kennen wir die besonderen Schwachstellen? In der Heizperiode können wir mit nur überschaubarem Aufwand

Thermobilder machen lassen, die die besonders „undichten“ Stellen farblich abbilden.

5. Und ist uns bewusst, dass wir durch unsere Fahrweise 20 bis 25% des Spritverbrauchs bestimmen? Also: Auch auf steigende Benzinpreise können wir mit unserer „sparsamen“ Fahrweise reagieren.

Die Energiewende ist ein sehr komplexes Vorhaben. Es stimmt, dass die neue Bundesregierung möglichst schnell zu einer Gesamtsteuerung und Überwindung der Widersprüchlichkeit einzelner Maßnahmen finden muss. Aber: In diesem großen Gemeinschaftswerk können und müssen auch die Verbraucher ihre Möglichkeiten nutzen. Neben dem Einsatz bereits vorhandener Sparmöglichkeiten stoßen sie damit zugleich weitere Effizienzsteigerun-

Infos und Tipps zum Energiesparen (Auswahl)

www.meine-wende.de
www.thema-energie.de
www.bmu.de/P243
www.umweltbundesamt.de/energie/sparen
www.energieagentur.nrw.de
www.klima-sucht-schutz.de
www.energiesparen-im-haushalt.de
www.energiesparentipps.de
www.energie-richtig-sparen.de

gen bei Geräten und Baumaßnahmen an. Die Bundesregierung sollte und wird ihre Fördermaßnahmen zur Beschleunigung der Wende weiterentwickeln.

Die von der Bundesregierung berufene Ethikkommission hat betont, „dass die Energiewende nur mit einer gemeinsamen Anstrengung auf allen Ebenen der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft gelingen wird“. Wir, die Konsumenten, sind ein besonders wichtiger Teil der Gesellschaft. Wir müssen mitmachen! ■

Buchtipps:

Vom Nutzen einer alternden Gesellschaft

Die Lebenserwartung der Europäer hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten mehr als verdoppelt. Die Bevölkerung altert. Vielerorts wird bereits die demografische Apokalypse ausgerufen. In seinem aktuellen Buch bürstet der Soziologe Peter Gross die Befunde über den demografischen Wandel gegen den Strich und eröffnet damit eine ganz neue Dimension des Älterwerdens. Mit Verweis auf große Denker der Geistesgeschichte sucht Gross nach dem

Sinn der steigenden Lebenserwartung. Er zeigt provokant auf, welche Chancen eine alternde Gesellschaft mit niedriger Geburtenrate bergen kann. Seine starke These: Die altersbedingte Entschleunigung und Mäßigung kann zur Rettung für die maßlo-

se, dem Steigerungsrausch verfallene Welt werden: „Die Langlebigkeitsgesellschaft führt nicht zum demografischen Untergang, sondern ist letztes und wünschenswertestes Stadium einer demografischen Evolution.“ Das Älterwerden als Erfolg und Kulturgut moderner Gesellschaften anzuerkennen und somit das Leben im Altwerden als Beruhigung, als Abrundung und Vollendung zu betrachten ist Gross' eingängige Botschaft. Peter Gross' hatte Professuren für Soziologie in Bamberg und an der Universität St. Gallen (HSG) inne. Bekannt geworden ist er mit seinem Buch „Die Multioptionsgesellschaft“.

Peter Gross: Wir werden älter. Vielen Dank. Aber wozu?, Herder-Verlag, Freiburg 2013, ISBN 978-3-451-30699-0, 160 Seiten, € 14,99

Mut zur Verantwortung

Anfangs noch reduziert auf Frauen- und Familienpolitik und nicht selten kritisch beäugt von männlichen Weggefährten, mussten sich Christliche Demokratinnen ihren Platz in der CDU erobern und manche Hürden überwinden. In bisher nicht da

gewesener Breite und Tiefe berichten sie in diesem Buch über Wege zur Durchsetzung ihrer Ideen und Vorhaben. Jede dieser Frauen hat ihren eigenen Weg eingeschlagen und beschritten. Sie sind Mandatsträgerinnen auf Kreis-, Landes-, Bundes- und Europaebene, Parlamentspräsidentinnen, Ministerpräsidentinnen, Ministerinnen und Staatssekretärinnen. Ihre Erzählungen sind einzigartig und nicht vergleichbar. Mit kluger und vorausschauender Politik haben sie sich Ansehen und Respekt erworben und so die CDU von heute geprägt und gestaltet. Daraus ergibt sich eine beeindruckende Bilanz erfolgreicher christdemokratischer Politik, die motiviert, politische Verantwortung zu übernehmen.

Beate Neuss, Hildigund Neubert (Hrsg.): Mut zur Verantwortung – Frauen gestalten die Politik der CDU, Böhlau-Verlag, Köln 2013, ISBN 978-3-412-22178-2, 717 Seiten, € 39,90



Nachruf auf Wilfried Martens

Die Europäische Senioren-Union (ESU) trauert mit vielen Freunden in Europa um den verstorbenen Präsidenten der Europäischen Volkspartei (EVP), Wilfried Martens. Seine von ihm zugesagte Rede auf dem Kongress der Europäischen Senioren-Union Anfang November in Brüssel konnte er nicht mehr halten, aber sein Vermächtnis stets zu beachten, bleibt unsere immerwährende Aufgabe. Wenn es in Europa einen Politiker gegeben hat, für den Adenauers Mahnruf aus dem Jahr 1949 lebenslange Handlungsgrundlage war: „Europa heißt die einzig mögliche Antwort auf alle ungelösten Fragen der Nachkriegszeit“, so war es Wilfried Martens. Nie war ihm ein Weg zu weit, nie ein Auftrag zu schwer, wenn es um Lö-

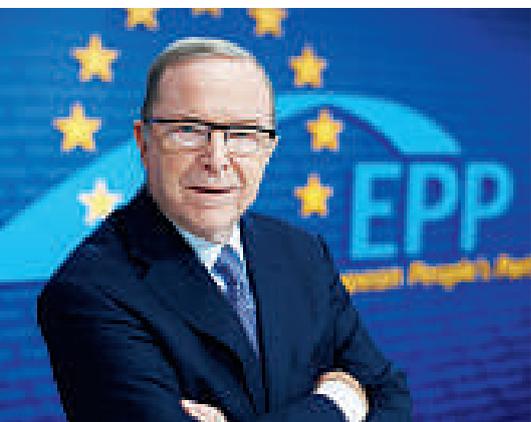
sungsansätze ging, die nur einem Ziel dienen sollten: EUROPA.

Den Weg und die Arbeitsinhalte unserer Vereinigung hat er in vielen Begegnungen, die wir nie vergessen werden, kritisch begleitet. Dabei spürten wir alle, dass wir in ihm einen Freund besaßen, der uns Vater und Bruder zugleich war. Das Ziel aller Arbeit nie aus den Augen zu verlieren, den Mitbürgern die Richtung des politischen Weges zu zeigen, gerüstet zu sein, um die geistige Führung in der Bevölkerung zu übernehmen, dies ist sein Vermächtnis. Um es zu erfüllen, bedarf es des gegenseitigen Vertrauens, das aber nur der gewinnt, der glaubwürdig auftritt. Das waren Bitte und Mahnung an uns alle, denke ich an seine Rede auf dem letzten Kongress der EVP in Budapest. Die Kraft unseres christlichen Glaubens, wonach die Bindung an einen Mitmenschen nie verloren geht, wenn wir versuchen, seine Arbeit in seinem Geiste fortzuführen, möge uns Trost sein. Für uns ist es Tatsache: Wilfried Martens hat sich um Europa verdient gemacht.

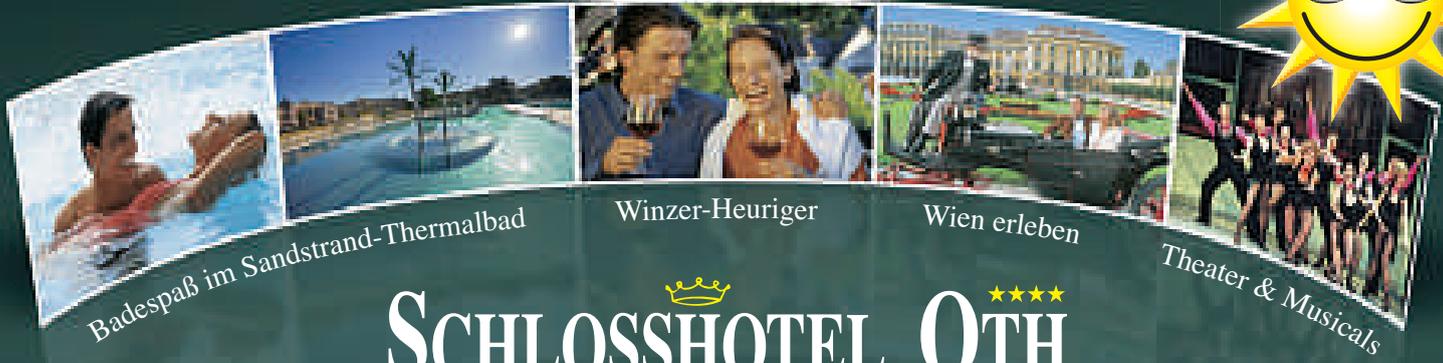
Dr. Bernhard Worms

Elternbesuch als Pflicht

Seit Juli sind Kinder und Enkel in China gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Eltern und Großeltern regelmäßig zu besuchen und sich um sie zu kümmern. Dieser Schritt wurde möglich, so die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, durch eine Überarbeitung des bereits zuvor bestehenden Gesetzes zur Wahrung der Rechte und Interessen älterer Menschen. Hintergrund dieser ungewöhnlichen Gesetzesinitiative: In China sind derzeit rund 13,7 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt. Diese Zahl wird sich bis 2030 aufgrund der seit 1979 geltenden Ein-Kind-Politik verdoppeln. Die chinesische Regierung will deshalb Wirtschaft und Bevölkerung auf die Alterung der Gesellschaft einstellen. Auch soll durch wohnungspolitische Maßnahmen erreicht werden, dass Eltern und Kinder näher beieinanderwohnen. So weit mag man diesem Vorstoß noch mit Sympathie begegnen, doch können Verstöße mit Geldbußen und sogar Freiheitsstrafen geahndet werden. Welches Maß hier wohl angelegt werden soll?



WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH ^{★★★★}

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE inkl. Frühstück €398,-
inkl. Halbpension € 538,-
Einzelzimmerzuschlag 70,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und günstige Angebote!**

Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

